

Berliner Volksblatt.

Organ für die Interessen der Arbeiter.

Das „Berliner Volksblatt“ erscheint täglich Morgens außer nach Sonn- und Festtagen. Abonnementspreis für Berlin frei in's Haus vierteljährlich 4 Mark, monatlich 1,35 Mark, wöchentlich 35 Pf. Postabonnement 4 Mark. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-Nummer mit illustrirter Beilage 10 Pf. (Eingetragen in der Postzeitungspreislifte für 1886 unter Nr. 769.)

Insertionsgebühr
beträgt für die 4 gespaltete Zeilen oder deren Raum 40 Pf. Arbeitsmarkt 10 Pfennige. Bei größeren Aufträgen hoher Rabatt nach Uebereinkunft. Inserate werden bis 4 Uhr Nachmittags in der Expedition, Berlin SW., Zimmerstraße 44, sowie von allen Annoncen-Bureaux, ohne Erhöhung des Preises, angenommen.

Redaktion: Benthstraße 2. — Expedition: Zimmerstraße 44.

„Freie Vereinbarung“ oder Gesetzgebung?

Belanlich leiden unsere gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse besonders an dem Umstande, daß die Konsumtion mit der Produktion nicht gleichen Schritt hält. Man nennt dies „Ueberproduktion“. Doch kann man diesen Zustand ebenso richtig „Unterkonsumtion“ nennen. Aber auf das Wort kommt es nicht an, es genügt, daß derartige unheimliche und verderbenbringende Verhältnisse die gegenwärtige wirtschaftliche Situation beherrschen.

Daß sich zahlreiche Personen nun darüber den Kopf zerbrechen, auf welche Weise eine Aenderung erzielt werden könne, ist selbstverständlich, und besonders bemühen sich die Interessenten aus dem Unternehmerrstande, eine glückliche Lösung dieser Frage zu finden.

Unsere Leser erinnern sich daran, daß die Fabrikanten in- und desselben Arbeitszweiges überall sogenannte „Konventionen“ abschließen, wodurch der einzelne Fabrikant verpflichtet wird, über ein bestimmtes Pensum hinaus nicht zu produzieren. Aber nicht alle Fabrikanten eines Arbeitszweiges treten solche Konventionen bei, auch wird das Versprechen streng gehalten, so daß derartige Konventionen meist schon rasch wieder in sich zusammenfallen.

Diese Thatsache ist bezeichnend für die „Selbsthilfe“ und für den Mangel der „freien Vereinbarung“. Wenn dies schon in Fabrikantenkreisen geschieht, wie soll es dann bei den Arbeitern fruchten? Dies nebenbei.

Doch merkwürdiger Weise scheint man in weiteren Kreisen davon überzeugt zu sein, daß der Ueberproduktion durch die „Selbsthilfe“ leicht gesteuert werden könne.

So erklärt ein liberaler Kornbranntweinbrenner im hannoverschen Courier, daß das Spiritusmonopol deshalb ganz unnötig sei, weil die Großgrundbesitzer ja weniger Kartoffeln bauen und weniger Spirit brennen könnten. Dann wäre die ganze Frage gelöst. Das ist nun der baare Kasian!

Unsere Leser wissen, wie wir zu dem Branntweinmonopol stehen, sie wissen, daß wir es von oben bis unten, von vorn bis hinten verurtheilen, daß wir es auch verurtheilen, obgleich wir wissen, daß eine Regelung der Produktion durch dasselbe in der Spritfabrikation erzielt werden kann.

Bei dem Branntweinmonopol überwiegen die politischen Gründe, welche gegen dasselbe sprechen, bei weitem die wirtschaftlichen, welche für das Monopol angeführt werden können.

Aber mit dem einen Worte „baut weniger Kartoffeln, zant weniger Spirit“ läßt sich die Frage doch nicht aus der Welt schaffen, da müßte doch zunächst das Kommandowort ertönen: Fort mit dem Konkurrenzspiel!

Die freie Konkurrenz aber läßt sich nicht durch ein Kommandowort verbieten, sie muß beseitigt werden nach und

nach durch Anbahnung einer gesetzlichen Regelung der Produktion. Diese gesetzliche Regelung der Produktion aber wird wiederum angebahnt durch die im Reichstage eingebrachten Arbeiterschutzgesetze. Auf diesem Wege würde auch die Spirituskrisis und zwar ohne Monopol gelöst werden. Die Konsumtionskraft der zahlreichen Arbeiterklasse muß erhöht, die Produktion aber geregelt werden.

Die freie Konkurrenz, die Selbsthilfe und die freie Vereinbarung haben uns in die wirtschaftliche Anarchie geführt, unter welcher alle Bevölkerungsklassen, besonders natürlich die Arbeiter schwer zu leiden haben.

Um so mehr haben wir uns gewundert, in der preussischen Thronrede einen Absatz zu finden, der erklärt, daß die „Selbsthilfe“ gegen die Stodung des Absatzes außerhalb des Bereichs der Gesetzgebung liege und nur die Zurückführung der Produktion (natürlich durch „Selbsthilfe“ oder „freie Vereinbarung“) auf das Maß der Bedürfnisse helfen könne, die ungünstigen wirtschaftlichen Folgen fern zu halten, welche eine Anhäufung nicht absetzbarer Erzeugnisse nach sich zieht.

Das ist in der That der Standpunkt des reinen Mangelfortschritts, den die Regierung bei Einführung der gegenwärtigen Zollpolitik des Reiches doch vollständig verleugnet. Bei Einführung der Industriezölle wurde ausdrücklich betont, daß die Gesetzgebung die wirtschaftliche Lage heben könne. Also jetzt das gerade Gegenteil!

Je weniger aber die Regierung sich gemüht sieht, auf die ungünstige wirtschaftliche Lage einzuwirken, desto mehr muß das Volk in seinem eigenen Interesse die Angelegenheit in die Hand nehmen. Das Volk muß die Gesetzgebung veranlassen, vor den Schwierigkeiten, die sich allerdings immer bei der Lösung sozialer Fragen entgegenstellen, nicht zurückzuschrecken und für ernsthafte soziale Reformen einzutreten.

Und das Volk hat die Macht dazu bei den Wahlen!

Politische Uebersicht.

Die Karolinen-Angelegenheit wirdelt noch immer viel Staub auf. Die Oßiziosen machen ganz ungenügend die Hamburger Kaufleute dafür verantwortlich, daß die Regierung gegenüber den spanischen Ansprüchen eingelenkt habe. Sie behaupten, daß jene Hamburger Kaufleute, welche dort Handelsstationen errichtet haben, sich geweigert hätten, die Regierung dort selbst in die Hand zu nehmen und auch nur dann für deutsche Schutzherrschaft sich erklärt hätten, wenn ihnen zugleich ein vollständig ausgerüsteter Polzei- resp. Beamtenapparat zur Verfügung gestellt würde. Der „Hamb. Korresp.“ stellt dies in Abrede, da die Kaufleute nicht gestogt worden seien und sich mithin auch gar nicht zu der Sache äußern konnten. Hierauf antwortet nun die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ folgendermaßen:

„Die von dem „Hamb. Korresp.“ angefochtene Angabe bezieht sich nicht auf mehrere Hamburger Kaufleute, sondern lediglich auf den Herrn Robertson, Mitinhaber der Firma

Robertson u. Herrnheim in Hamburg. Alle übrigen Interessenten, mit denen der Reichskanzler gesprochen hat, haben sich zur Frage der Einrichtung einer deutschen Verwaltung auf den Karolinen gar nicht geäußert; Herr Robertson aber erklärte, daß die Kolonialentwicklung seiner Firma von seinem Nutzen sein könne, wenn sie nicht einen staatlichen Charakter annehme, also mit der Einrichtung von Gerichten, Polizei, Militärgarnisonen u. s. w. vorgegangen werde. Der genannte Herr machte dieselben Schwierigkeiten geltend, die seiner Zeit von Herrn Bamberger gegen die Kolonialpolitik der Regierung ins Feld geführt worden sind. Daß gerade ein Mitglied derjenigen Firma, auf deren Antrag die Besitzergreifung auf den Karolinen stattgefunden hatte, eine Kolonialentwicklung beanspruchte, die von der Regierung nicht erstrebt wird, mußte bei den Erwägungen der letzteren natürlich wesentlich ins Gewicht fallen, und konnte Herr Robertson darüber keinen Zweifel haben. Wie gesagt, hatte der Wunsch der Firma Herrnheim den Anstoß gegeben, um die Karolinen in Schutz zu nehmen; die Regierung hatte keinen Anlaß, diesen Wunsch abzulehnen, da es an jedem Grund für die Annahme fehlte, daß eine andere Regierung Ansprüche auf die bezeichneten Inseln erworben habe. Nachdem inzwischen die spanische Regierung in der faktischen Besitzergreifung einen Vorsprung von einigen Tagen gewonnen hatte, lag für die deutsche Regierung um so weniger ein Motiv vor, wegen dieses geringfügigen Objeles mit einer befreundeten Regierung Zerwürfnisse aufkommen zu lassen, als die einzige deutsche Firma, welche den Anstoß zur Besitznahme der Karolinen gegeben hatte, ihr Gedeihen dort nach der ausdrücklichen Erklärung eines ihrer Chefs von Bedingungen abhängig machte, welche nicht erfüllbar waren.“ — Diese Angelegenheit ist nach mehr als einer Seite hin höchst lehrreich.

Zur Samoa-Affaire wird aus London berichtet, daß die deutsche Regierung die Aktion ihrer Vertreter auf Samoa nicht anerkannt habe. Die Samoafrage soll allenthalben wieder aufgebracht worden sein. Nach einer offiziellen Darstellung der „Köln. Zig.“ rühren die Verwicklungen von Landläufern her. Deutsche Händler haben einen großen Theil der Insel Upolu für die Plantagengesellschaft angekauft und zwar gegen alte Plinien. Die Eingeborenen bestreiten nun die Rechtmäßigkeit dieser Käufe. Schließlich kann die „Köln. Zig.“ nicht umhin, dem Reichstag vorzumischen, daß er durch sein Verhalten dem deutschen Unternehmungsgeist geschadet und verhindert habe, daß derselbe sich in Samoa unter die Fittige des deutschen Mars stellen konnte. — Die „Freis. Zig.“ weist darauf hin, daß die im Jahre 1880 dem Reichstag gemachte und von demselben abgelehnte Vorlage sich nicht auf die Aufrichtung der deutschen Schutzherrschaft, sondern auf eine Reichsgarantie für eine deutsche Seehandelsgesellschaft, welche aus der Konkurrenzmasse von Godefroy in Hamburg die Plantagenbesitzungen auf Samoa erwerben wollte, bezogen habe. Die Ablehnung dieser Reichsgarantie hat den Fortbetrieb der deutschen Plantagen in Samoa erschichtlich nicht verhindert.

In dem Schreiben des Reichskanzlers an das Herrenhaus, betreffend die Schönhauser Stiftung, ist folgender Passus recht interessant: „Von besonderer Wichtigkeit ist es für mich, die staatliche Aufsicht über die Stiftung einer Stelle anvertraut zu wissen, an welcher ich einen festen Anhalt für die Pflege nationaler Gesinnung, unabhängig von dem wechselnden Ein-

Feuilleton.

Dunkle Gestalten.

Erzählung aus dem sozialen Leben der Gegenwart von Karl Zielle.

„Run, morgen Nachmittag in meiner Wohnung.“ Er annete dieselbe.

Er lächelte fast lässlich bei ihrem erstaunten Blick.

„Seien Sie ganz unbesorgt,“ sagte er beruhigend, „mir geht verheult wenig an einem galanten Abenteuer. Außerdem will ich Ihnen nur gleich mittheilen, daß ich vertrathet bin, und daß meine liebe Frau, die bei der Probe gegen sein wird, hoffentlich nicht zulassen wird, irgend etwas geschieht, was gegen Sitte und Anstand verstößt. Also deswegen haben Sie nicht nöthig, irgend welche Gewissensbisse zu machen.“

„Das hätte ich so wie so nicht gethan,“ erwiderte sie, „ein bitteres Lächeln flog über ihr schönes Gesicht, auf welchem sich bereits die Spuren einer leichten Ermüdung netzbar machten. „Hoffentlich kommt wieder einmal die Zeit, wo man sich über dergleichen Sachen doch nicht so leicht hinwegsetzt.“

„Zedenfalls,“ meinte er leichtsin. Er sah nach der Uhr, der Morgen war bereits angehen. In dem Cafe war es allmählich leerer geworden, größere Anzahl der Gäste hatte das Lokal bereits gegen Mitternacht verlassen, nur wenige der Damen sahen an veredenen Tischen bei einander, um mit jener besonderen Kategorie von jungen Leuten ihre geschäftlichen Mittheilungen auszutauschen.

Was eine einzige Nacht doch in den Gesichtern dieser häßlichmüßigen jungen Mädchen für eine Veränderung vorrief. Die künstlich aufgetragenen Haartouren waren zusammengelassen, die Gesichtszüge erschlafft, sie hatten Ödte

und Handschuhe abgelegt, und wenn sie vorher eine gewisse Dezenz in ihrer Haltung zur Schau trugen, so ließen sie sich jetzt vollständig gehen.

Die marmornen Tische waren mit Bier und Zigarrenasche besudelt, manche von den Damen hatten mehr getrunken, als ihnen dienlich war, in ihrer mehr als lebhaften Unterhaltung achteten sie nicht darauf, wenn sie mit den Kermeln ihrer kostbaren Atlasroben in das schmutzige Gemisch gerietzen. Müde und schläfrig lehnten die Kellner an den Säulen umher; wenn ihnen von diesen Gästen noch ein verspäteter Auftrag wurde, so führten sie denselben nur mürrisch aus, häufig nicht ohne erst mit dem Kellner eine ziemlich indiskrete Bemerkung ausgetauscht zu haben.

Auch der Direktor Weber wollte sich zum Ausbruch lassen.

„Sehen Sie, mein Herr,“ sagte Martha zu ihm, „sehen Sie nur diese Gesellschaft dort an. Alle, Herren und Damen, die Sie dort sitzen sehen, sind jetzt stark angeheitert, jetzt haben sie ihr Glend vergessen und fühlen sich stolz und erhaben über alles Glend. Sie sollten dieselben Leute nur nach wenigen Stunden sehen, wenn der Rausch verflogen ist, sie würden einen andern Begriff von dem Luxus erkalten, den Sie jetzt bemerken. Alle Tage ist es dasselbe, am Abend lustig und am Tage Noth und Glend. Wer nachher die Garderobenverleiherin nicht bezahlen kann, hat morgen Abend kein Kostüm.“

„So,“ sagte der Direktor mit mattem Lächeln, „mich interessiert das eigentlich weniger. Ich erinnere Sie noch einmal an Ihre Zusage für morgen Nachmittag!“

„Verlassen Sie sich darauf, ich werde pünktlich erscheinen.“

„Gut denn, für mich ist es Zeit.“

„Ich gehe auch sofort.“ Er war aufgestanden und ließ sich von dem Kellner seinen Ueberzieher reichen. Dann entfernte er sich mit höflichem Gruß.

Auch Martha stand auf und hüllte sich in ihren großen mit Pelz gefütterten Radmantel und ging eilig, ohne irgend Jemand zu grüßen, aus dem Cafe.

Auf der Straße angelangt, nahm sie eine der zahlreich vor dem Lokal wartenden Droschken, bezahlte den Kutscher, warf sich hastig in die harten Kissen, dann schloß sie die Augen.

Tausend verschiedene Gedanken und Gefühle stürzten auf das junge Mädchen ein.

Heute hatte sie ihn gesehen, den jungen Mann, dem sie leichtsinnig und unerfahren ihre Jugend geopfert hatte, der sie bis an den Rand eines bodenlosen Abgrundes gedrängt hatte.

Was lag Alles zwischen dem Augenblick, wo sie ihn zuerst gesehen hatte, wo sie seinen zärtlichen, liebevollenden Worten verweilt gelauscht hatte, und zwischen heute!

Rechnete sie auch auch tausendmal mit Fingern auf sie zeigen, die tugendhaften Mädchen, die vom sorgsamsten Mutterauge bewacht, vor jeder Gefahr der Verführung ängstlich bewahrt, stolz waren auf eine Tugend, die sie gar nicht besaßen. Was hatte sie gewußt von den gleichnerischen Ueberredungskünsten eines in allen Mitteln der Verlockung erfahrenen Mannes, wer wollte es ihr verdenken, wenn sie staunenden Auges sich den unbekanntem Vergnügung und Berstreuungen überließ und wenn sie in einer verhängnißvollen Stunde einen Schritt that, der folgeschwer bleiben sollte für ihr ganzes Leben.

Sie preßte ihr Taschentuch an die heißen, trockenen Augen, rückwärts konnte sie nicht mehr, darum vorwärts. Unwillkürlich tauchte vor ihrem Geiste das Bild des Mannes auf, den sie heute Abend in dem Cafe kennen gelernt hatte.

Waren seine Worte ernst gemeint? Wollte er sie in irgend einer Beziehung täuschen? Sie war mißtrauisch geworden im Laufe der Zeiten, sie wußte, daß gerade ihr Stand von allen möglichen Deuten in der schamlosesten Weise ausgebeutet wurde. Aber merkwürdiger Weise klammerte sie

Auf der Parteien, für die Zukunft erhoffen darf. Ohne nähere Bestimmung würde diese staatliche Behörden ausfallen, welche in ihrer politischen Zusammensetzung und Bestimmung dem Wechsel unterworfen sind und von Aenderungen im System der Regierung beeinflusst werden. Bei dem jeweiligen Präsidenten des Herrenhauses darf ich mehr als bei anderen Stellen Unabhängigkeit von wechselnden politischen Strömungen voraussetzen."

Ueber den russischen Ufas, betreffend die Ausweisung derjenigen Deutschen aus Russland, die bis zum Beginn des russischen Jahres 1886 nicht in den russischen Unterthanenverband eingetreten sind, ist bisher nichts Neues bekannt geworden. Der Korrespondent des "Dziennik" erklärt, er habe die Nachricht von Jemand, der den Ufas gesehen haben will, und mit Befriedigung seines Ehrenwortes versichert, er sage die Wahrheit.

Auf Grund des Sozialistengesetzes verbietet die königl. Regierung zu Schleswig die nichtperiodische Druckschrift: "Was will die Arbeiterpartei? Ein offenes Wort an die Arbeiter, Handwerker und Kleinbauern in den kleinen Städten und auf dem Lande von Wilhelm Hasenclever in Halle a. S." Druck von Schönfeldt u. Harnisch in Dresden. (Die genannte Schrift wurde bekanntlich in Schleswig-Volstein massenhaft verbreitet. D. R.)

Der Abschluß der Militär-Konvention Braunschweig mit Preußen steht, nach dem "Braunschweig. Tagebl.", unmittelbar bevor, und es dürfte sich der braunschweigische Bevollmächtigte zur Unterzeichnung des Vertrages demnächst nach Berlin begeben. Eine Folge der Konvention wird außer der Verlegung des 92. Regiments nach Braunschweig die Uniformierung des letzteren nach preussischem Vorbilde sein, nur die Schließklappen werden ein braunschweigisches Abzeichen erhalten. Auch werden die Offiziere des braunschweigischen Sulzaren-Regiments in Zukunft die österreichische Militärmütze ablegen, an ihre Stelle wird die Form der preussischen Offiziermütze treten, und außerdem werden die Offiziere preussisches Portepee erhalten. Das Ernennungs- und Beförderungrecht geht auf den Kaiser über.

Die elbsässische Abgeordneten werden sich, wie die "Freie. Blg." wissen will, gegen das Monopol erklären, weil sie der Ansicht sind, die ca. 22000 im Elsas bestehenden kleineren Brennereien würden durch Einführung des Monopols vernichtet werden. Gestern hatten sich zum ersten Male seit dem Aufstau des Monopolprojekts aus Anlaß der Ausweisungfrage wieder elbsässische Abgeordnete im Reichstage bilden lassen.

Eine interessante diplomatische Enthüllung veröffentlicht in Rom der italienische Senator Cadorna, früher italienischer Gesandter in London. Derselbe bezieht sich auf die italienische Neutralität von 1870. Cadorna weist darin nach, daß schon Monate vor dem französisch-deutschen Kriege zwischen England und Italien ein Neutralitätspakt bestand, welchen er selbst in London negoziert hatte. Diese Enthüllung wird von der italienischen Presse sehr beifällig aufgenommen. Es wird behauptet, daß die Regierung damit so lange hinter dem Berge gehalten habe. Auch in Frankreich hat diese Enthüllung einen gewissen Eindruck gemacht, zumal Cadorna ausdrücklich erklärt, daß Italien auch dann nicht interveniert haben würde, falls die Franzosen siegreich nach Berlin gezogen wären.

Oesterreich-Ungarn.

Die Humaner sog. Hochverratsaffäre schrumpft nach den neuesten Nachrichten sehr lässlich zusammen. Der Reichshof hat das gegen die vier jungen Kroaten eingeleitete Verfahren bereits eingestellt, da die Untersuchung ergeben hat, daß es sich bloß um eine "gemüthliche Konversation zwischen den Soldaten und den vier Kroaten" gehandelt hat und von einer Aufreizung zum Aufstande nicht die Rede gewesen ist!

Belgien.

In Folge Antrages des Deputierten (früheren Ministers) Frederic Orban hat der jetzige Minister des Innern der Kammer eine amtliche Statistik der "Erfolge" des neuen Schulgesetzes seit seinem Bestehen (Oktober 1884) zugehen lassen, das einen erbaulichen Einblick in die klerikalen Maßnahmen giebt. Nach ihr sind die Gehälter von 3316 Elementarlehrern um 959 220 Franks gekürzt worden. Abgesetzt wurden 880 Lehrer mit Wartegeld; aufgehoben 877 Elementarschulen mit 15 325 Schülern, 1079 Fortbildungsschulen mit 21 775 Schülern und 228 Kleinderschulen mit 7898 Kindern. Adoptirt wurden als staatliche Schulen (also dem Klerus und der Partei die weitere Erhaltung abgenommen) 1465 klerikale Privatschulen, von denen 827 von weltlichen Lehrern und 638 von Mönchen und Nonnen geleitet werden.

Frankreich.

Herr Grevy ist aus seiner Reserve herausgetreten und hat sich mit einer Botschaft an die Kammer gewandt. Veranlassung dazu soll die letzte Ministerkrise gegeben haben. Herr Grevy betont in derselben die Ohnmacht der monarchischen Regierungsform und hebt hervor, daß die Republik die einzig mögliche Regierungsform sei. Im Uebrigen enthält die Botschaft nichts Wesentliches. — Eine Amnestie aller wegen politischer Vergehen Verurtheilten ist nicht erfolgt, es haben vielmehr nur einige Begnadigungen stattgefunden. Unter den Begnadigten befinden sich auch Louise Michel und Fürst Krapotkin. Den

sich mit dem letzten Rest von Energie an diesen schwachen Hoffnungsschimmer an, sie verbarge es sich nicht, daß jener Mann zwar einen unheimlichen, fast laienartigen Eindruck auf sie gemacht hatte, sie empfand eine beinahe abergläubische Furcht vor ihm, weil er, ohne sie jemals gesehen zu haben, so genau mußte, daß sie gut sang, — hatte sie doch keine Ahnung, wie leicht er Kenntniß von diesem Umstande erhalten hatte, — dennoch wollte sie es wagen, sie hatte eben nichts mehr zu verlieren.

Die rumpelnde Droschke hielt endlich vor ihrem Hause. Abgespannt und matt stieg sie nach ihrem Zimmer empor, wenige Augenblicke später hatte sich ein tiefer, bleierner Schlaf auf ihre müden Augenlider gesenkt, und es war schon spät am Tage, als sie erwachte.

In einer dunklen, schmutzigen Quergasse, welche zwei der glänzendsten Straßen Berlins verbindet, stand noch vor kurzer Zeit ein kleines, zweistöckiges Haus von nur vier Fenstern Front. Die beiden oberen Etagen hatte der Direktor Weber gemietet, im Parterregeschoß befanden sich Lagerräume.

Die Sonne warf bereits einen trüben Schein durch die blinden Scheiben, als der Direktor am folgenden Morgen erwachte.

In dem Zimmer, in welchem er geschlafen hatte, herrschte eine grauenhafte, wüste Unordnung. In der einen Ecke stand ein eisernes Bettgestell, in demselben befanden sich Betten von ekelregender Unsauberkeit; zwei Spinden, ungleich an Form und Größe, deren geöffnete Thüren allerlei Kunstreiter-Requisiten erkennen ließen, verbargen die zerrissene Tapete der anderen Wand, ein kompakter eichener Tisch stand in in einer anderen Ecke. Verschiedene halb zerbrochene Stühle machten den Raum keineswegs behaglicher. Auf einem der Stühle stand ein Waschbecken mit gedrahtetem Wasser.

Der Direktor Weber erhob sich gähnend. Er sah sich mürrisch in der Stube um und brummte dann vor sich hin:

verurtheilten Vergleuten in Montcau-les-Mines ist nur ein Strafnachschuß bewilligt. Einiges Aufsehen erregt die Ermordung des Präfecten für das Eure-Departement Barreme; derselbe wurde erschossen in einem Eisenbahnwaggon aufgefunden. Man ist sich noch nicht klar, ob der Mord aus Rache verübt wurde, oder ob ein Raubmord vorliegt.

Spanien.

Bis jetzt sollen achtzehn Personen, die sich an dem Aufstand in Kartagena betheilig haben, in der Nähe der Stadt festgenommen sein (wie eine Depesche aus Madrid meldet, sind jedoch bereits 8 derselben wieder in Freiheit gesetzt worden); es wird behauptet, unter den Anstiftern hätten sich u. A. der Sekretär Jorilla's und der föderalistische Republikaner Galvez befunden, welcher letzterer einer der Leiter der intransigenten Erhebung in Kartagena vom Jahre 1873, als Anstifter des Aufstandes zu bezeichnen sei, wogegen man andererseits wissen will, daß Paul Angula, der kürzlich stochristlich verfolgte Berschwörer, dem Aufstande ebenfalls nicht fern stehe. Dem General Fajardo hat das linke Bein oberhalb des Knies abgenommen werden müssen. Das Bestehen des Generals soll zu Befürchtungen um sein Leben keine Veranlassung geben. Wie ein Berichterstatter der "Times" erfahren haben will, soll zu ähnlichen Zwecken für Ende des Monats Januar ein Aufstand an der Nordgrenze geplant sein. Verschiedene Nachrichten stimmen nunmehr darin überein, daß die Jorillisten mit dem Aufstande in Kartagena mindestens direkt nichts zu thun gehabt hätten, sondern derselbe einzig und allein das Werk der föderalistisch-republikanischen Partei gewesen sei. Ob diese Annahme richtig, muß einstweilen dahingestellt bleiben.

Serbien.

König Milan hat eine Amnestie erlassen. Näheres wird darüber der "N. Fr. Pr." wie folgt berichtet: Der Gnadenakt erstreckt sich auf alle politischen Verbrecher, deren mehr als zweihundert in den Strafanstalten des Landes und in der hiesigen Festung inhaftirt waren. Unter den wegen des jüngsten Aufstandes Verurtheilten befanden sich auch Beral Thodorovic, den die serbische Omladin als den "serbischen Gambetta" bezeichnete, dann Raja Mihailovic, ein Neffe des alten Ex-Ministers und Rathgebers des Königs Milan, Stephan Mihailovic, Kosta Tauschanovic, der gewesene Bürgermeister von Birtot, in dessen Hause Fürst Alexander von Bulgarien während der Okkupation Wohnung genommen hatte. Alle Genannten waren Mitglieder des radikalen Central-Komitees in Belgrad und wurden vom Kaiserlichen Standgerichte zum Tode verurtheilt, später aber zur Freiheitsstrafe begnadigt. Unter den Begnadigten befindet sich auch der zum Tode verurtheilte, aus Russland zurückgekehrte Lehrer Mihailo Stuparevic, der sich vor einigen Tagen selbst gestellt hatte. Die Freilassung der Begnadigten gestaltete sich zu einem allgemeinen Freudenfest. Für die Begnadigten waren viele Schlitten und Privat-Equipagen beigelegt, um sie so rasch als möglich in den Kreis ihrer Angehörigen zu bringen. — Diese Begnadigungen bilden einen seltsamen Kontrast zu den Ruffällen, welche vor einigen Tagen an einer Truppe Soldaten, die sich angeblich widerständig gezeigt hat, vollzogen wurden. Die jetzigen Begnadigungen sind jedenfalls erfolgt, um die erregten Gemüther wieder etwas zu beruhigen.

Großbritannien.

Der Abg. Goldsmid will eine Wahlreformbill einbringen, welche alle Unterschiede zwischen Hausbesitzern und Einwohnern abschafft und in großem Maße das Wahlrecht ausdehnt. Auch will die Vorlage die Polizei wahlfähig machen, und den zur Erlangung des Abstimmungsrechts erforderlichen Zeitraum der Anwartschaft von 12 Monaten auf einen Monat ermäßigen.

Der jetzige Bizekönig von Irland, Lord Carnarvon hat seine Demission eingereicht. Der Rücktritt erfolgte angeblich nicht wegen Differenzen mit dem jetzigen Kabinet, sondern nur weil Carnarvon schon im Voraus erklärt habe, den Posten nur bis zum Zusammentritt des Parlaments behalten zu wollen. Mehrere Blätter glauben, daß der Posten in Zukunft ganz in Wegfall kommen werde und daß somit Carnarvon der letzte Bizekönig von Irland gewesen sei. — Mehrere Londoner Blätter melden, das Kabinet habe beschlossen, mehrere Bestimmungen des aufgehobenen irischen Zwangsgesetzes wieder in Kraft zu setzen, um die vorgekommenen Vergewaltigungen einzelner Einwohner zu unterdrücken.

Amerika.

Aus New-York wird der "Nordd. Allg. Blg." geschrieben: "Unter 'Boycotting' — das Wort läßt sich ungefähr mit Verwehmung, 'in die Acht' oder 'in Verzug erklären' verdeutschen —, unter 'Boycotting' also versteht man bekanntlich dasjenige Verfahren, welches zuerst gegen den irischen Grundbesitzer Boycott angewandt worden, nach dem es auch benannt wurde. Der Ausdruck ist heute zwar noch in keinem Wörterbuche zu finden, aber er befindet sich hier in Aller Munde, denn die hiesigen Arbeiter-Organisationen ziehen neuerdings im Kampfe mit dem Kapital den 'Boycott' als Waffe dem Streik bei Weitem vor. Das Boycott-Verfahren ist geradezu Mode geworden. Sieht es doch hier ein Wochenblatt ('The Boycotter'), das sich ausschließlich damit befaßt, seine Leser bezüglich der eingeleiteten Boycott-Verfahren auf dem Laufenden zu halten! Das Boycotten ist nicht nur weniger kostspielig für die betreffenden

"Nun, gemüthlich ist es hier gerade nicht."

An dieses Zimmer schloß sich eine fast dunkle Küche, die nur durch ein ganz schmales Fensterchen einen kleinen Lichtstreifen vom Hofe aus erhielt.

"Holla, Alte," rief jetzt der Direktor in die Küche hinein, "vorwärts, ich muß ausgehen."

"Nur immer Geduld," hörte man die fettige Stimme der Frau Weber sagen, "ich kann doch nicht hegen!"

Der Koloß trat jetzt in die geöffnete Stubenthür, deren Raum sie fast vollständig einnahm.

Sie sah entsetzlich aus. Um ihr ungewaschenes Gesicht mit den großen wässerigen, verschwommenen Augen hing ihr das ungelämmte Haar in dichten Strähnen herab, sie war nur mit einem zerrissenen Unterrock bekleidet, ihren Oberkörper hüllte eine von Schmutz starrende, alte Nachjacke ein, auf der man deutliche Spuren davon bemerkte, daß die Frau des Direktors mit ziemlicher Leidenschaft dem wenig appetitlichen Vergnügen des Tabakschnupfens sich hingab. Ihre unförmlichen Füße steckten in ungeheuren, abgetretenen Filz-pantoffeln.

Selbst der Direktor Weber, dem der Anblick seiner Ehegattin doch ein ziemlich vertrauter sein mußte, konnte sich eines gelinden Schauders nicht erwehren.

"Nur vorwärts schnell, meine Kleider," sagte er ärgerlich, "ich muß den Klavierspieler sprechen, wir bekommen heute Nachmittag wohlthätig Besuch. Laß Dich dann nur nicht sehen, sonst kann ich niemals die gehörigen Kräfte für unser neues Geschäft engagiren. Und daß oben Alles in Ordnung gebracht ist, wenn ich zurückkomme," sagte er drohend hinzu.

"Wird was Rechtes sein, was Du wieder im Sinne hast," brummte die zärtliche Gattin und ging dann in die Küche hinaus, wo man sie eifrig herumhantiren hörte.

(Fortsetzung folgt.)

Arbeiterorganisationen, als das Ansehen von Streiks, es kann auch in Fällen angewendet werden, in denen es unmöglich wäre. Augenblicklich ist die hiesige überaus, ja fast entsetzt über die von Boycottern erzielten Erfolge. Kurz hinter einander haben einer der bedeutendsten Bierbrauer, der Direktor des Thalia-Bier sowie die Herausgeber dreier deutscher Blätter gemüthlich, daß sie dem Treiben der Boycotter gegenüber machtlos sind — vorläufig wenigstens. "Beim Boycott so schreibt 'The Boycotter' — halten wir es für einen Mann finanziell, geschäftlich oder politisch zu sein. Wir sind dafür, daß man ihn dort treffe, wo er am leichtesten ist. Wir sind dafür, daß man ihn unbarbar die Wand drückt!" Hieraus ist zu ersehen, wie es wird, gleichzeitig aber auch, daß das Verfahren in Deutschland denkbar wäre. Als der Bierbrauer Boycottet wurde, da sagte man den Wittben, die dessen Kapfen: "Ihr müßt anderes Bier anschaffen, sonst wird der Arbeiter nicht mehr bei Euch." Als Theaterdirektor der hiesigen Rusler-Union zu engagiren, da gab die Labor-Union (eine Vereinigung sämtlicher Gewerbeten Befehl: Boycottet das Theater und alle Geschäfte, die es jetzt besuchen! Und als die Zeitungen, "Herold", "Nordd. Zeitung" und "Revue" (ein Abend-, resp. Sonntagblatt) in Verzug erklärt waren, weil die derselben nicht der Union angehörten, da zogen die Leute aus Angst vor den Boycottern ihre Anzeigen in Blättern zurück. Die Herausgeber der letzteren erklärten im "Herold": sie hätten sich den Forderungen der Labor-Union fügen müssen, weil viele ihrer Anzeigen und ein Theil der Leser sie im Stich gelassen. Das barste bei der Sache aber ist, daß die Boycotteten auch noch die "Kriegskosten" bezahlen mußten. Brauer Dölzer bezahlte 800 Dollars, Amberg 400 Doll. und Zeitungsherausgeber W. W. Wolfram 500 Doll. an die Central-Labor-Union. Arbeiter-Vereinigung) als Entschädigung dafür, daß Boycottet Plakate drucken ließen. Dielem Geschäftsmann, er müsse seine Geschäftsverbindung mit Dölzer jenem erklären, er dürfe nicht mehr ins Theater oder nicht mehr in den gedachten Zeitungen inseriren, er nicht selbst durch die Central-Labor-Union — vielleicht 50 000 organisierte Arbeiter durch Delegation sein mögen — in die Acht gesetzt werden wolle! Er sich lebhaft vorstellen, wie die hiesige sozialistische über die mittelst Einschränkung von der Central-Labor-Union erzielten Siege trübte, obgleich die Sozialisten in Organisation die verschwindend keine Majorität bilden. Streits Handelsagentur hat zuerst statistische Daten Boycotten in den Vereinigten Staaten gesammelt und den in "Bradstreet's Journal" veröffentlicht. Darnach in den letzten beiden Jahren in den Vereinigten Staaten gesamt 237 Boycottverfahren (gegen Zeitungen, Gärten, Teppich-, Kleider-, Nägel-, Schuhwaren-, Silberwaren-, Stärke-, Backpulver-, Piano- und anderen Schnittwaarenhändler, Mahlmühlen, Hotels, Druckereien, Bäckereien, Dampfmaschinen, Verleger, Straßenbahnen u. s. w.) eingeleitet, wovon 114 Gänge sind, während in 99 Fällen die Boycotter in 24 Fällen unterlagen."

Parlamentarisches.

Die zweite Sitzung der Kanalkommission tagte beschäftigte sich mit den technischen Fragen des Kanalbaues. Die verschiedenen Anfragen von den verschiedenen Parteien wurden im Allgemeinen zur Stellung der Fragesteller seitens der Regierung beantwortet und auch festgestellt, daß die geplante Kanalbauarbeiten gleichfalls projektirten den Vorzug genießen. Kommissionsmitglieder durchweg Laien in solchen Dingen sind, so verstand es sich eigentlich von selbst, sozietellen technischen Fragen kaum berührt wurden. In Frage der Uebertragung des Kanalbaues seitens des Reich den preussischen Staat ergriff der Abg. Hasenclever Wort und stellte eine Resolution in Aussicht, nach der Reich den preussischen Fiskus als Baumeister, vom Redner behauptete, daß derselbe einen Weisheit aus dem Herzen habe, verpflichten solle, bei dem wahrscheinlich Submissionsverfahren den Unternehmern die Bedingungen, den bei dem Kanalbaue beschäffigten Arbeitern mindestens den in Holfstein üblichen Tagelohn zu zahlen. Andernfalls eintreten, daß die Unternehmer bedürfnislosere Arbeiter geringeren Lohn engagiren und dadurch die Lohnarbeit in Holfstein auch im Allgemeinen verschlechtert werden. Reich aber habe die Pflicht, bei dem Bau eines Kanals auch die allgemeinen Kulturverhältnisse in einem bestimmten Maß zu berücksichtigen und dieselben nicht zu vernachlässigen. Die Arbeiterklasse trüge bei den gegenwärtigen Verhältnissen im Reiche am meisten zu dem Kanalbaue bei, deshalb sei es eigentlich selbstverständlich, in solchem Falle das Reich auch den Arbeitern

Aus Kunst und Leben.

Eine Erbschaftsgeschichte hat einen Abschluß gefunden, der wieder einmal zeigt, daß bei Aufstellung von Testamenten mit größter Vorsicht verfahren werden muß, nicht mehr Schaden als Nutzen will. Die Geschichte der Erbschaft steht aus wie ein Roman und doch ist sie die Wahrheit. Vor ungefähr 6 Jahren las der eoangelische Pfarrer in Boyberg in einer Zeitung, daß in Berlin ein Bruder Berndt verstorben sei, ohne gerichtliche Erben zu hinterlassen. Laut der Kirchenmatrikel des Großherstern desselben aus Boyberg im Großherzogthum Pommern verstandigte den Bürgermeister davon, vieler Mühe wurde ein Stammbaum angefertigt, der der Bürgermeister einer der Haupterden mit 26 Kindern, Ueberwindung zahlloser Schwierigkeiten und nach einem Eid dahin geleistet, daß ihnen, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine weiteren rechtmäßigen Erben bekannt seien. Er selbst erblieb das Erbe von etwa 170 000 Mark. Der Pfarrer erhielt als Kostenertrag 6000 Mark. Der Pfarrer vertheilte sich auf die anderen 24 Erben, auch eine starke Summen an solche bezahlt werden, die, außer dem Reich, keine

kommen müsse. — Der Staatsminister von Büttcher erklärte, daß er den Vorschlag mit großer Sympathie begrüße, wenn gleich er auf denselben nicht direkt eingehen könne. Er wisse, daß der Lohn in der ganzen Provinz Schleswig-Holstein sinken würde, wenn bei dem Kanalbau bedürfnislose Arbeiter für billigeren Lohn engagiert würden und das dürfe unter keinen Umständen geschehen. Die preussische Regierung würde sich wohl bereit finden, darauf einzugehen, daß keine ausländischen Arbeiter (Polen und Italiener) engagiert werden dürften, aber die Festsetzung eines Minimallohns ginge doch zu weit. Wenn dadurch auch das Interesse des schleswig-holsteinischen Arbeiter gewahrt würde, so könne man doch nicht ermeinen, welchen Einfluß die Feststellung eines derartigen Lohnminimums bei dem Kanalbau auf die Lohnverhältnisse im übrigen Deutschland haben könnte. Deshalb müsse er sich die Sache noch recht genau überlegen. — Von verschiedenen Seiten wurde der Vorschlag des Abgeordneten Hansen ebenfalls „sympathisch“ begrüßt; man nannte denselben sehr bescheiden, jedoch das Ende vom Liede war, daß man sich doch nicht für denselben entscheiden könne, der Konsequenzen halber, die er im Gefolge habe. Der Abg. Hansen replizierte, daß er gar nicht an den Ausschluß fremdländischer Arbeiter denke; wenn ein ausländischer Lohn gezahlt werden müsse, so blieben die „Lohnbrücker“ von selbst fern. Außerdem werde man sicher bei dem Bau englische und französische Ingenieure brauchen, deren Ausschluß doch wohl nicht von der preussischen Regierung beabsichtigt würde. Er freute sich über die allgemeine Sympathie und speziell über die des Herrn Staatssekretärs, welche man seinem Vorschlage entgegenbrachte. Auch er stehe dem Kanalbau sympathisch gegenüber und werde diese Sympathie ins Prattsische übertragen, indem er für die Vorlage stimme, so möge auch der Minister seine Sympathie zur That werden lassen, indem derselbe für seinen Vorschlag im Interesse der Arbeiter sich entscheide. Vor allem möge die Regierung sich die Sache reiflich überlegen. — Nach einer kurzen Debatte über einige technische Fragen wurde die Sitzung geschlossen.

Der Abg. Pingens (Zentrum) hat auch in dieser Session seinen bereits von früher her bekannten Antrag, betreffend die Sonntagsruhe der Postbeamten, wieder eingebracht. Derselbe ist zur zweiten Lesung des Postgesetzes gestellt und lautet: „Der Reichstag wolle beschließen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, zu veranlassen, fortzuschreiten mit wirksamen Anordnungen, damit den Post- und Telegraphenbeamten Sonntagsruhe und Sonntagsfeier ermöglicht bleibe.“ Unterstützt ist der Antrag durch das gesamte Zentrum.

In ihrem Bericht über die Kasstrung der Wahl des nationalliberalen Reichstagsabgeordneten Gottburgers erwähnt die „Köln. Bl.“, daß der deutschfreisinnige Abg. Dr. Porwiz vor der Abstimmung den Sitzungssaal verließ.

Von den 433 Vortagsabgeordneten gehören zugleich dem Reichstage 77 an: 31 Zentrumsmitglieder, 18 Konervative, 16 Freisinnige, 7 Nationalliberale, 3 Polen und 2 Freikonserervative. Sämtliche Führer der Freisinnigen und des Zentrums (mit Ausnahme des Herrn v. Schorlemer-Nesi) sitzen in beiden Häusern.

Kommunales.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen am 18. und 20. Oktober 1888 haben sich, nach dem ersten Jahrgange des Statistischen Jahrbuchs der Stadt Berlin, von den eingeladenen Wählern der dritten Abtheilung an der Wahl beteiligt: im 1. Wahlbezirk 45,6 pCt., im 2. Wbz. 52,1 pCt., im 3. Wbz. 51,2 pCt., im 4. Wbz. 42,8 pCt., im 5. Wbz. 42,0 pCt., im 6. Wbz. 38,2 pCt., im 7. Wbz. 42,4 pCt., im 8. Wbz. 30,8 pCt., im 9. Wbz. 39,7 pCt., im 10. Wbz. 35,6 pCt., im 11. Wbz. 41,2 pCt., im 12. Wbz. 38,6 pCt., im 13. Wbz. 43,0 pCt., im 14. Wbz. 41,9 pCt., im 15. Wbz. 40,1 pCt., im 16. Wbz. 38,7 pCt., im 17. Wbz. 41,0 pCt., im 18. Wbz. 40,1 pCt., im 19. Wbz. 35,7 pCt., im 20. Wbz. 41,8 pCt., im 21. Wbz. 38,1 pCt., im 22. Wbz. 38,0 pCt., im 23. Wbz. 39,0 pCt., im 24. Wbz. 32,7 pCt., im 25. Wbz. 38,9 pCt., im 26. Wbz. 35,7 pCt., im 27. Wbz. 38,1 pCt., im 28. Wbz. 40,5 pCt., im 29. Wbz. 44,2 pCt., im 30. Wbz. 30,7 pCt., im 31. Wbz. 32,6 pCt., im 32. Wbz. 44,6 pCt., im 33. Wbz. 39,0 pCt., im 34. Wbz. 33,8 pCt., im 35. Wbz. 32,0 pCt., im 36. Wbz. 38,9 pCt., im 37. Wbz. 28,0 pCt., im 38. Wbz. 37,1 pCt., im 39. Wbz. 44,0 pCt., im 40. Wbz. 43,6 pCt., im 41. Wbz. 36,8 pCt., im 42. Wbz. 34,9 pCt.; von den eingeladenen Wählern der zweiten Abtheilung: im 1. Wbz. 62,9 pCt., im 2. Wbz. 50,0 pCt., im 3. Wbz. 54,7 pCt., im 4. Wbz. 53,8 pCt., im 5. Wbz. 42,5 pCt., im 6. Wbz. 57,0 pCt., im 7. Wbz. 64,5 pCt., im 8. Wbz. 61,0 pCt., im 9. Wbz. 50,1 pCt., im 10. Wbz. 63,0 pCt., im 11. Wbz. 65,7 pCt., im 12. Wbz. 63,0 pCt., im 13. Wbz. 62,8 pCt., im 14. Wbz. 64,5 pCt.; von den eingeladenen Wählern der ersten Abtheilung: im 1. Wbz. 73,0 pCt., im 2. Wbz. 66,4 pCt., im 3. Wbz. 64,8 pCt., im 4. Wbz. 68,9 pCt., im 5. Wbz. 84,0 pCt., im 6. Wbz. 72,0 pCt., im 7. Wbz. 66,2 pCt., im 8. Wbz. 72,8 pCt., im 9. Wbz. 70,0 pCt., im 10. Wbz. 75,5 pCt., im 11. Wbz. 72,0 pCt., im 12. Wbz. 82,8 pCt., im 13. Wbz. 81,8 pCt., im 14. Wbz. 74,0 pCt. Ueberhaupt beteiligten sich an der Wahl von den 3196 eingeladenen Wählern der ersten Abtheilung 2342 gleich 74,2 pCt., von den 15 902 eingeladenen Wählern der

zweiten Abtheilung 9403 gleich 59,1 pCt. und von 166 086 eingeladenen Wählern der dritten Abtheilung 66 063 gleich 39,8 pCt.; zusammen von 185 184 eingeladenen Wählern 77 808 gleich 42,0 pCt.

Der Magistrat erläßt folgende Bekanntmachung: Wiederholt haben wir das betheiligte Publikum aufgefordert, die Rechnungen über Lieferungen und Leistungen für die Stadtgemeinde unverzüglich nach der Ausführung des ertheilten Auftrages einzureichen, damit die Anweisung der Rechnungsbeträge rechtzeitig erfolgen könne. Namentlich haben wir darauf aufmerksam gemacht, daß die Einreichung der Rechnungen jedenfalls vor Schluß des Etatsjahres, also spätestens bis Ende März jeden Jahres, durchaus notwendig sei, weil sonst eine Verzögerung der Zahlungsanweisung eintrete, welche für die Lieferanten und Gewerbetreibenden von Nachtheil sein müsse. Da unsere diesbezüglichen Aufforderungen noch immer vielfach unbeachtet geblieben sind, so sehen wir uns veranlaßt, die betheiligten Lieferanten und Gewerbetreibenden abermals darauf hinzuweisen, daß sämtliche Forderungen rechtzeitig und für das laufende Etatsjahr jedenfalls bis spätestens den 31. März d. J. zur Liquidation zu bringen sind. Wird dies versäumt, so haben die Betreffenden sich die entstehenden Weiterungen selbst zuzuschreiben und außerdem zu gewärtigen, daß ihnen unserteilte Aufträge fernerhin nicht mehr ertheilt werden.

Lokales.

Das Wohl der arbeitenden Klassen! Dies geflügelte Wort ist jetzt en vogue, ist an der Tagesordnung, ist Modesache. Von berufener und unberufener Seite schallt es uns entgegen, ein Jeder fühlt das große Wort im Munde und mit dem vollen Brustton innerster Ueberzeugung wird in die Kämpfe hineingestochen und hell tönt das Lied vom Wohle der arbeitenden Klassen! Doch wie eine pikante oder melodische Poffen- oder Operettenmelodie, welche, nachdem sie ihre eigentliche Sphäre verlassen hat, auf allen Höfen heruntergeleiert, auf allen Gassen gesungen und gepfiffen wird, sehr bald ihren Reiz verliert und, im Uebermaße gehört, zum Ueberdruße wird, so erscheint auch bereits der hohe Begriff vom Wohle der arbeitenden Klassen zur Karikatur verzerrt und wenn auch das Wort immer seinen guten Klang behält, so wird doch bereits sehr wenig Gewicht darauf gelegt, wenigstens von den arbeitenden Klassen selbst. Anders verhält es sich ja mit den edlen Wohlthätigern des darrenden Menschengeschlechts und namentlich jene Leute, die da behaupten, von der Allgemeinheit könne nichts, von Einzelnen alles geleistet werden zum Wohle der arbeitenden Klassen, messen ihrer Thätigkeit eine ungeheure Wichtigkeit bei; mit wahrhaft rührender Sorgfalt sind sie, dem Drange ihres edlen Herzens folgend, auf das Wohl der arbeitenden Klassen bedacht und haben diesem Sport einen hervorragenden Platz unter ihren Erholungen eingeräumt. Als wätere Streiter ziehen sie hinaus in den Kampf gegen das soziale Elend, jene giftige Salzwunde, welche lauterndstöhnend ihr Haupt erhebt und in ihrem Ueberdruße suchen sie gleich zwei der gewaltigsten Todtenköpfe, die „Ragabondenpest“ und die „Brantweinpest“, wie sie sie nennen, mit stumpfen Waffen vom Kampfe zu trennen. Je weniger „schneidig“, desto mehr „stillool“ wird der Vernichtungskampf geführt und wahrhaft grandiose Erfolge haben die modernen Don Quixote bereits aufzuweisen. Mit Stauern und mit Grauen betrachtet die arbeitende Bevölkerung jene Wunderwerke, die zu ihrem Wohle geschaffen worden sind, — Arbeiterkolonien und Verpflegungstationen! Die „Ragabonden“ sind wie fortgeblasen, nämlich von den Thüren jener Herren, welche, an voller Tafel schmelzend, nicht gern gestört sein wollen durch — hungernde Ragabonden! Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen, und so wird dem dennoch „Bohenden“ mit höflicher Verbrennung ein Billet zur „Station“ oder „Kolonie“ überreicht. Die große Aufgabe ist gelöst, das Land von einer Geißel befreit, die „Ragabondenpest“ ist beseitigt, wenn auch nicht aus der Welt geschafft und ein Vorderkranz umrankt die Stirn dieser Retter der Menschheit, der Streiter zum Wohle der arbeitenden Klassen. Ermutigt durch diesen glänzenden Erfolg, wird nunmehr ein neuer Kreuzzug inszeniert gegen die „Schneidpest“, ein gefährliches und lächerliches Unternehmen angesichts des drohenden Brantweinmonopols. Während bislang der „Verein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke“ theoretisch gegen den Brantwein zu Felde zog, hat sich nunmehr in Anlehnung an diesen Verein ein Konfortium gebildet, welches auf praktische Weise dem Brantwein den Garaus zu machen gedenkt. Ob aber die Mittel zum Zwecke besonders praktisch sind, möchten wir denn doch einigermaßen in Zweifel ziehen. Wie nichts Neues unter der Sonne ist, so bietet auch die neue Idee der Gesellschaft nichts Neues, sondern nur bereits Vorhandenes in einer neuen Fassung. Die Gesellschaft hat sich nämlich gebildet zur Gründung von Volkskaffeehäusern in Berlin, in welchen dem Arbeiterstande zu geringen Preisen Kaffee, Thee, Chokolade, Milch, Warmbier und ähnliche alkoholfreie Getränke neben einfachen, warmen Speisen, jedoch unter strengem Verbot von Brantwein, verkauft und dabei ein bequemer Aufenthalt geboten werden soll. Nun, derartige Institutionen besitzen wir bereits in ausreichender Anzahl in unseren Kaffeehallen, im Volksmunde „Kaffeeclappen“ genannt,

in welchen den wenig bemittelten Volksklassen warme Getränke, wie Kaffee, Chokolade, Milch, Thee u. mit Ausschluß von Brantwein verabfolgt werden und zwar zu billigen Preisen. Daß sich diese Lokale einer großen Beliebtheit und eines großen Zuspruches erfreuen, ist allbekannt und könnte man sehr leicht in Besichtigung gerathen, gerade diesem Umstand als Haupttriebfeder zu dem neuen Konfortiumunternehmen zu betrachten. Was den behaglichen Aufenthalt betrifft, so haben die Kaffeehallen bis dahin allen in dieser Beziehung gestellten Anforderungen genügt; das „Volk“ ist leicht zufriedengestellt, an raffinierten Luxus nicht, wohl aber an beschiedene Verhältnisse gewöhnt und fühlt sich am wohlsten da, wo es ungenirt ist. Der sollen die „Volkskaffeehäuser“ viellecht „Volks-Biener-Cafés“ werden? Des Abends haben die Arbeiter zum „Kneten“ weder Zeit noch Geld, da gehen sie nach Hause oder in Versammlungen; die allein stehenden Arbeiter werden aber gewiß nicht ihr Geld in die „Volkskaffeehäuser“ tragen, sondern auch des Abends dahingehen, wo sie sich den Tag über verpflegt haben. Und dazu ist in Berlin eine so reichliche Gelegenheit vorhanden, daß ein Bedürfnis nach einer Vermehrung derselben gar nicht vorliegt. Wenn die Gesellschaft ein solches herausgeföhlt hat, so ist dies eben nur ein Dekamantel für eine Spekulation, die, wenn sie glückt, allerdings etwas einbringen kann, die aber nimmermehr den Brantwein aus der Welt schaffen wird. Wenn fortad der Brantwein durch Kaffee, Thee, Milch und Warmbier ersetzt werden soll, was hätte dann das Brantweinmonopol für einen Zweck? Es ist aber auch hier die alte Geschichte wieder, die doch ewig neu bleibt: Anstatt den Stier bei den Hörnern anzupacken und das Uebel bei der Wurzel auszurotten, wird an der leidenden Menschheit herumgedoktert und die Eiterbeule, die an einer Stelle vertrieben wird, bricht an einer anderen Stelle wieder auf. Hier sind nicht Volkskaffeehäuser oder sonstige „segensreiche“ Einrichtungen, sondern ganz andere Institutionen am Plage „zum Wohle der arbeitenden Klassen“.

Ein förmliches Genie im Stehlen ist die verheißene Wilhelmine Müller aus Neu-Strelitz, welche bereits einer großen Anzahl von Ladendiebstählen, insbesondere denjenigen, welche Spitzen, seidene Bänder und seidene Tücher, Weiß- und Wollenwaaren fähren, als Ladendiebin bekannt ist. Dieselbe, eine schwächliche, 47 Jahre alte Person mit schmalen, bleichem Gesicht, angeblich gesteskrank, kommt fortgesetzt nach Berlin, macht in verschiedenen Geschäften größere Einkäufe und stiehlt bei diesen Gelegenheiten Waaren, deren Werth den der Einkäufe weit übersteigt. Sie weiß dadurch, daß sie ihr in der Regel mit Gold gefülltes Portemonnaie geöffnet mit Ostentation auf den Ladentisch legt, etwa gegen sie geborgtes Mißtrauen zu beseitigen. Indem sie gleichzeitig die verschiedenen Gegenstände sich vorlegen läßt, beschäftigt sie die Mehrzahl der im Geschäft befindlichen Personen und lenkt die Aufmerksamkeit von sich ab. Glaubt sie sich beobachtet, so schließt sie Hast und bestige Kopfschmerzen vor, die sie durch Anwendung eines hervorgeholten Migränestiftes beseitigen zu wollen vorgibt. Die Müller besitzt in Neu-Strelitz ein Geschäft und verkauft dortselbst zu billigen Preisen die in Berlin gestohlenen Gegenstände. Sie ist zwar wiederholt festgenommen und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert, aber als geisteskrank wieder entlassen worden. Kurz vor Weihnachten hat sie wieder einen Raubzug nach Berlin unternommen und für 300 M. gestohlene Waare nach ihrem Geschäftslokal in Neu-Strelitz gebracht. Die Besitzer der Läden können nicht genug vor der gefährlichen Diebin, deren Photographie dem Verbrecheralbum einverleibt ist, gewarnt werden.

b. Auf dem Bahnhof Friedrichstraße wurde vor einigen Tagen ein Bersonwärter mit zertrümmertem Schädel todt auf dem Geleise gefunden. Offenbar hatte ihn bei dem Ueberschreiten desselben eine Maschine erfaßt. Der Mann gehörte zu den gegen Tagelohn angestellten Hilfsarbeitern und hinterließ eine Wittwe mit Kindern ohne Anspruch auf Pension oder dergleichen. Die Bahnbeamten, obwohl selbst glänzend gestellt, veranstalteten deshalb hilfsbereit eine Sammlung für die Frau, von welcher sich auch der niedrigste Gestellte nicht ausschloß.

R. Der im Stall des Depots der Omnibus-Gesellschaft in der Kurfürstenstraße beschäftigte Stallmann Klant, Bülowstraße 93, wurde gestern in die Königl. Charité eingeliefert. R. war damit beschäftigt gewesen, ein krankes Pferd zu frotzieren, erhielt aber einen Schlag mit dem Hinterfuß, sodas ihm der ganze Unterkiefer eingeschlagen war.

Polizei-Bericht. Am 15. ds. Mts. Morgens wurde eine Dame in ihrer Wohnung in der Soldinerstraße todt vorgefunden und durch den hinzugezogenen Arzt festgestellt, daß sie sich vergiftet hat. — Um dieselbe Zeit wurde auch der Ruisscher Mord in seinem Schlafzimmer, Wassergasse Nr. 19, todt aufgefunden. Der Tod ist durch Einatmen von Rauchgas herbeigeführt worden. Da nach den Verhältnissen des Mords der Verdacht eines Selbstmordes völlig ausgeschlossen sein soll, so liegt vermuthlich nur ein Unglücksfall vor, dessen Veranlassung jedoch bis jetzt noch nicht aufgeklärt werden konnte. — Einige Zeit später fiel eine Frau an der Spandauerbrücke Nr. 46 im Klosetgebäude in die kurz vorher zum Zwecke der Reinigung geöffnete Einseigegrube und erlitt dabei einen Bruch des linken Knöchelgelenks. — An demselben

schiedener Hamburger und Bremer Kolonialwaaren-Handlungen, wodurch sowohl die ansehnlichen Kaufliste als auch das Publikum geschädigt würden, in angemessener Weise zur Kenntniss und Aufklärung des Publikums zu bringen.“ Im Anschluß hieran macht das genannte Fachblatt die Mittheilung, daß die Hamburger Großhändler durch eine Mittelsperson bei einer Hamburger Firma, welche ihre Waare in den öffentlichen Blättern wiederholt angepriesen hat, Bestellungen gemacht und die erhaltenen Kaffeesorten einer sorgfältigen Prüfung unterzogen haben, welche das nachstehende Resultat ergeben hat: Anstatt des als „extrafines Ceylon-Peri“ a Pfd. 1,15 Mark bezeichneten Kaffees wurde ordinärer Rioffee mit ausgeprägtem schlechtem Kiofesgeschmack und künstlich schwarz gefärbten Bohnen, dessen Engrosverth höchstens 0,70 M. ist, geliefert. Für „echte blaue Ceylon Plantation“ a 1,10 M. ist centralamerikanischer Kaffee gefandt worden, der einen Werth von nicht 0,90 M. hat. Für „feinsten Goldjava“ a 0,95 M. ist „Quatemala“ im Werthe von 0,70 M. geliefert worden. Die „Goldjava“ a 1 M. und die braune „Java-Ranados“ a 1,20 M. wurden als auf warmem Wege gedrückte und gelb, resp. braun gefärbte geringere Kaffees, die einen Werth von 30 Pf. haben, ermittelt. Diese Untersuchung habe also das Ergebnis gehabt, daß in keinem Falle die bestellte und in der Preisliste genannte Kaffeesorte geliefert wurde. Aus Vorstehendem — für dessen richtige Angaben einzusehen wir der angeführten Quelle überlassen müssen — gehe zur Genüge hervor, daß durch solche Anpreisung das Publikum getäuscht und das solide Kaffeesgeschäft im Inlande geschädigt wird.

Lebensfähigkeit der Fische. Am 18. November vorigen Jahres erhielt, wie die „Naturwissensch.-techn. Umschau“ nach „La Nature“ berichtet, einer der großen Händler der Pariser Fischhallen aus Rotterdam eine große Sendung in Eis verpackter Fische, welche am 16. abgesandt und wahrscheinlich schon am 15. verpackt war. Beim Auspacken gab ein etwa 70 Zentimeter langer Hecht noch schwache Lebenszeichen von sich, weshalb man denselben in eine Wanne mit Wasser legte, worin er sich bald erhobte und ganz munter herumschwamm. Der Werthwürdigkeit halber wurde der Fisch dem Pariser Aquarium am Trofadero überwiesen. Er war mindestens 2/3, wahrscheinlich aber 3/4 Tage ohne die mindeste Nahrung als todt zwischen Eisstücke verpackt gewesen und hatte so eine Fahrt von

450 Kilometer zurückgelegt, was allerdings gegenüber der sonstigen Unfähigkeit der Fische, länger außer dem Wasser zu leben, überraschend ist. Daß wir es hierbei aber nicht mit einer „Fischergeschichte“ zu thun haben, die bekanntlich oft mit den „Jägergeschichten“ auf gleicher Stufe stehen, dafür bürgt einerseits der Umstand, daß der Hecht überhaupt widerstandsfähiger ist, als andere Fische und andererseits der Name des Gewährsmannes: Jousset de Ballesme, Direktor des genannten Aquariums.

Die interessanten optischen Reisen im Kaiser-Banorama-Passage finden solch vielseitige Anerkennung, daß in den Abendstunden die Plätze nicht ausreichen. Neben den malerischen Landschaften vom Rhein wird in dieser Woche eine interessante Wanderung durch Belgien zu sehen sein. Die Schätze und wunderbare Plastik, welche bei jeder Ansicht zur Geltung kommt, fesselt vom Anfang bis zum Schluß.

Projektirtes Repertoire der königlichen Schauspiele vom 17. bis 24. Januar 1888. Im Opernhause. Sonntag, den 17.: Armide (Herr Niemann); Montag, den 18.: Tom's Schatz, Silvia; Dienstag, den 19.: Margarethe; Mittwoch, den 20.: Siegfried; Donnerstag, den 21.: Die lustigen Weiber von Windsor; Freitag, den 22.: Die Africanerin; Sonnabend, den 23.: Der Wildschütz; Sonntag, den 24.: Don Juan. — Im Schauspielhause. Sonntag, den 17.: Colberg; Montag, den 18.: Tilli; Dienstag, den 19.: Der Leibant; Mittwoch, den 20.: Die Geier-Walze; Donnerstag, den 21.: Tilli; Freitag, den 22.: Tartuffe, Am Klotier; Sonnabend, den 23.: Karziz; Sonntag, den 24.: Tilli.

Herr Direktor Hasemann macht uns die Mittheilung, daß gestern Abend die Unterhandlungen mit Herrn Direktor Lebrun, den Wallnerischen Erben und Herrn Direktor Wolf ihren Abschluß gefunden haben, und daß er die Direktion des Wallnertheaters am 16. Januar cr. übernehme.

Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater. Von Jacques Offenbach's Wittwe ist an Herrn Direktor Frische ein in den verbindlichsten Ausdrücken gehaltenen Dank für die Wiedereinführung der Offenbach'schen Operetten am Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater gelangt und hieran „mit herzlichster Bereitwilligkeit“ die angeforderte Erlaubnis, den Jullus im Belle-Alliance-Theater zu wiederholen, um so mehr ertheilt worden, als — wie es im Briefe heißt — „die Nachrichten

der Berliner Freunde und der hauptstädtischen Journale in dem Lobe übereinstimmen, welches der trefflichen und splendiden Inszenesetzung, sowie der in allen Details befallenen Darstellung gesollt wird.“ In Folge dessen wird der Offenbach-Jullus in seinen werthvollsten Nummern, zu welchen sich auch Hoffmanns Erzählungen gesellen werden, im Belle-Alliance-Theater wiederholt werden. Das Repertoire des Friedrich-Wilhelmstädtischen Theaters geht selbstverständlich seine eigenen Wege — vorläufig hat es an Max Wolf's „Rasala“ ein Luststück gefunden, wie die Vorbereitungen zum heutigen Sonntag am besten beweisen.

Belle-Alliance-Theater. Die 25. Aufführung der prächtigen Gesangsposse „Lucinde vom Theater“, die am Montag stattfand, ist gleichzeitig auch die letzte. — Am Dienstag geht mit den Gästen vom Wallner-Theater der Schönhan'sche Schwanz „Frau Direktor Striese“ in Scene.

Königsstädtisches Theater. Die Koloraturfängerin Minnie Kren, deren glänzende Technik und schöne Stimme ihr zahlreiche Freunde im Publikum erworben haben, hat am Montag, den 18. d. M., ihr Benefiz. Die Künstlerin wird an diesem Tage eine ihrer besten Partien, die Frau Fluth in Nicolai's „Die lustigen Weiber von Windsor“, singen. Außerdem wird diese Vorstellung noch ein besonderes Interesse dadurch gewinnen, daß zwei Eleven des hier rühmlichst bekannten Gesangslehrers C. Bolle mitwirken werden: Fräulein Christine Wichmann als Frau Reich und Robert Hünzel in der Partie des Junker Spärlitz. Die Partie des Fluth hat der beliebte frühere Bariton dieser Bühne, Herr Herrm. Reich, aus Gefälligkeit übernommen.

Im Louisenstädtischen Theater findet heute Sonntag, den 17. d. M., Vormittags 11 Uhr, eine große Matinee zu Besten der Pensionskasse des „Allgemeinen deutschen Chorsänger-Verbandes“ statt. Das Programm ist ein sehr reichhaltiges und interessantes. Der wichtige Kapellmeister des Louisenstädtischen Oper, Herr Rud. Fischer, hat bereitwillig die Leitung des gesanglichen Theiles übernommen, während Herr Direktor Firmans die beiden Stücke: „Das Versprechen hinter'm Herd“ und „Kumäcker und Picarde“ in Scene setzen wird.

Vormittage fiel der Kutscher Erlach in der Wiesen-
straße wahrscheinlich im Schlaf von seinem mit Steinen be-
lasteten Wagen herab, wurde eine Strecke geschleift und dabei
so schwer verletzt, daß er mittelst Droschke nach der Charité
gebracht werden mußte. — Am Nachmittage desselben Tages
sah eine in der Linienstr. 85a wohnende Frau auf der zu
ihrer Kellermohung führenden Treppe einen gefüllten grau-
leinen Beutel, und als sie denselben in ihrer Wohnung öffnete,
darin die Leiche eines neugeborenen Kindes vor. Die in Folge
der Anzeige der Frau sofort angestellten Ermittlungen ergaben,
daß das Kind nach der Geburt gelebt hat, aber sofort erstickt
oder erdrosselt worden ist. Die Leiche wurde nach dem Obduktions-
hause geschafft.

Gerichts-Zeitung.

Die amerikanische Lebensversicherungsgesellschaft
"Equitable" und deren Vertreter für Deutschland und
Österreich, General-Direktor Max Pohl in Hamburg, hatten
gegen den Dr. jur. Max Lunde wegen Veröffentlichung eines
Artikels in Nr. 22 der "Provinzial-Korrespondenz für Volks-
wirtschaft und Versicherungswesen" eine Privatklage ange-
strengt. In dem inkriminierten Artikel ist nämlich behauptet,
daß die "Equitable" bei den schmutzigen Gründergeschäften
in Amerika stark beteiligt sei und durch verführerische Pro-
spekte das deutsche Publikum einzufangen strebe. Das Gericht
hatte nur die Klage des Pohl eingeleitet, die der Gesellschaft
aber abgewiesen, weil für das bessere Wissen des Beschuldigten
kein Beweis erbracht sei und Gesellschaften nur wegen verleum-
derischer Behauptung zu klagen berechtigt sind. Das hiesige Schöffengericht,
welches am 9. Oktober v. J. diese Sache verhandelte, hatte
die bestrittene Alibi-Entscheidung des Klägers anerkannt, den
Angeklagten aber freigesprochen, weil derselbe offenbar nur die
berechtigten Interessen des deutschen Publikums und der
deutschen Versicherungs-Gesellschaften wahrgenommen habe.
Auf die hiergegen durch den Rechtsanwalt Dr. Sello einge-
legte Berufung stand gestern vor der sechsten Strafkammer

biesigen Landgerichts 1 Termin an. Der Vertreter des Pri-
vatklägers bemühte sich, die Absicht zu belegen, daß der
des Artikels darzutun, während der Verteidiger Rechtsanwalt
Simon dem Kläger die Berechtigung bestritt, die An-
griffe gegen die Gesellschaft auch auf sich zu beziehen. Diese
sind auch nicht durch seine Unterschrift unter einige Pro-
spekte hergeleitet worden. Andernfalls müßte dieser Umstand er-
stern Mandanten bekannt gewesen sein. Der Gerichtshof er-
kannte, diese Auffassung theilend, auf Verwerfung der Be-
rufung.
Eine Anklage wegen öffentlicher Verbreitung einer
unzüchtigen Schrift gelangte gestern gegen den Kolporteur
Wilhelm Kirz vor der 90. Abteilung hiesigen Schöffengerichts
zur Verhandlung. Unter den Schriften, welche der Angeklagte
in öffentlichen Lokalen zu verkaufen suchte, befand sich auch
das bekannte Büchlein des Dr. Bernhardt (des Mitgliebes der
eingetragenen Firma "Deutsche Gesundheits-Kompagnie"):
"Die Geheimnisse der Liebe und Ehe". Die Staatsanwalt-
schaft erachtet dieses Büchlein für unzüchtig und beantragte
daher, den Angeklagten wegen Verbreitung desselben zu 40 M.
event. 8 Tagen Gefängnis zu verurtheilen. Der Angeklagte
behauptet, daß er das inkriminierte Büchlein niemals gelesen
habe, daß er sonach, wenn das Gericht dessen Inhalt für un-
züchtig erachte, die ihm zur Last gelegte That nicht mit
dem erforderlichen strafwürdigen Bewußtsein begangen. Aus
diesem Grunde bitte er um seine Freisprechung. Der Gerichts-
hof nahm aber an, daß der Angeklagte sich über den Inhalt
der Schrift hätte vergewissern müssen und daß ihn die Unter-
lassung nicht straflos machen könne. In Anbetracht nun, daß
den Angeklagten mit der Verbreitung einer Schrift nicht ge-
dient sein würde, verurtheilte ihn der Gerichtshof zu zwei
Tagen Gefängnis.
Von Spielen in auswärtigen Lotterien. Leipzig,
14. Januar. Dem Landgerichte I in Berlin war am 21. Ok-
tober ein bekannter Lotterie-Kollektor wegen Verbreitung von
Loosen auswärtiger Lotterien, die in Preußen nicht zugelassen
sind, zu 900 Mark Geldstrafe verurtheilt worden und zwar auf
Grund des § 286 des Str.-G.-B. und der preussischen Ver-

ordnung vom 5. Juli 1847. In dem Urtheile wurde als hin-
sichtlich hervorgehoben, daß der Angeklagte mehrfach wegen
Verbreitung von nicht zugelassenen Loosen, u. A. im Mai 1882
zu 1000 Mark Geldstrafe verurtheilt worden sei. Trotz dieser
Verurtheilung habe er sich, fuhr das Urtheil fort, nicht abhalten
lassen, vom November 1882 an und weiter im Jahre 1883
fremde Loose in beträchtlicher Menge, wie sich aus seinen
Büchern ergebe, zu verkaufen, namentlich hamburgische,
sächsische, braunschweigische und solche der Bremer Ge-
lotterie. In der Verhandlung hatte nun der Angeklagte be-
hauptet, daß er am 16. Februar 1885 vom Schöffengericht in
Schönebeck a. E. zu Geldstrafe verurtheilt sei wegen aller der
Fälle, die bis dahin vorgekommen waren. Es sei also ein
Kollektiv-Vergehen angenommen worden und man könne
nun nicht mehr einzelne Fälle aus jener Zeit her-
ausgreifen und besonders bestrafen. In dem Ur-
theile wurde dieser Einwand als nicht stichhaltig
bezeichnet. In der Schönebecker Strafsache habe es sich
um Verbreitung verschiedener Loose an eine bestimmte Per-
sönlichkeit gehandelt, die hier nicht in Betracht komme, folglich
seien es verschiedene Handlungen. — Gegen das Urtheil hat
der Angeklagte Revisionsschwerde erhoben, die vor einiger Zeit
vor dem II. Strafsenate des Reichsgerichts zur Verhandlung
kam. Er sagte in seiner Rechtfertigungsschrift, in der früheren
Strafsache sei die Höhe der Strafe mit Berücksichtigung des
Umfangs seines Geschäftes bemessen worden, man habe also
ein sorgfältig geordnetes, eine Kollektivität im Auge gehabt.
Wenn nun wieder eine Kollektion von Delikten zur Kenntnis
des Richters komme, so müsse diese durch das frühere Urtheil
als abgethan erachtet werden. Das Reichsgericht habe jedoch
ausgesprochen, daß der Kollektivbetrieb im ganzen und nicht
im einzelnen zu bestrafen sei. Auf den Antrag des Reichs-
gerichts wolle jedoch das Reichsgericht die Revision, weil nach
den Feststellungen des Landgerichts in der That Handlungen
zur Verbreitung gezogen waren, welche in dem früheren Ur-
theile noch nicht unter Anklage gestellt waren, da es sich da-
mals nur um Verbreitung von Loosen nach einer bestimmten
Richtung hin handelte.

Theater.

Sonntag, den 17. Januar.
Opernhaus. Armide, große heroische Oper. —
Morgen: Tom's Schatz. Svoia.
Schauspielhaus. Kolberg, historisches Schau-
spiel in 5 Akten von Paul Heyse. —
Morgen: Tilli, Lustspiel in 4 Akten von
Francis Stahl.
Deutsches Theater. Des Meeres und der
Liebe Wellen. — Morgen: Ein Tropfen
Gift.
Residenz-Theater. Denise, Schauspiel in
4 Akten von A. Dumas (Sohn). — Morgen:
Dieselbe Vorstellung.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Theater.
Kasala, Operette in 3 Akten von Max
Wolf. — Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Walhalla-Operetten-Theater. Ramsell
Angot. — Morgen: Don Cesar.
Wallner-Theater. Frau Direktor Striese. —
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Velle-Alliance-Theater. Lucinde vom
Theater. — Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Central-Theater. Der Stadt-Trompeter. —
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Bonifantstädtisches Theater. Undine. —
Morgen: Benefiz für Frä. Frey. Die lustigen
Weiber von Windsor.
Victoria-Theater. Messalina. — Morgen:
Dieselbe Vorstellung.
Ostend-Theater. Wir Berliner. — Morgen:
Dieselbe Vorstellung.
American-Theater. Große Spezialitäten-
Vorstellung.
Theater der Reichshallen. Große Spezialitäten-
Vorstellung.
Kaufmann's Variete. Große Spezialitäten-
Vorstellung.
Konfordia. Große Spezialitäten-Vorstellung.

Alhambra-Theater.

Wallnertheaterstraße 16.

Triefel und Wiesel,

Woffe mit Gesang in 3 Akten (6 Bildern)
von Ed. Jakobson. Musik von G. Lehnhardt.
Vor der Vorstellung:

Gr. Konzert der Hauskapelle.

Anfang des Konzerts Wochentags 7 Uhr, der
Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Anfang des Konzerts Sonntags 6 Uhr,
der Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Dons haben Wochentags Billigkeit und sind im
Theaterbureau (12-1 Uhr) gratis zu haben.

Passage 1 Treppe. 9 U. Morg.
bis 10 U. Ab.
Kaiser-Panorama.
Eine interessante Wanderung durch
Belgien. Eine bequeme Reise am schönen
Rhein. Gertha, Reise. Karolinen.
Inseln. Pap. Eine Reise 2 Pf. Kinder nur
10 Pf. Abonnements- und Vereinsbillets.

Das allgemeine
Familien-Kränzchen
vom Fachverein der
Steindrucker u. Lithographen
findet am Sonnabend, den 23. d. M., im
Kaisersaal Bughagen, Kottb. Pl.,
statt und laden wir alle Freunde und Gönner
des Vereins freundlichst ein. Billets sind bei
G. Linsener, Sebastianstr. 75, und bei A.
Kastram, Rathenstr. 12, sowie in der
Versammlung heute Sonntag im Königsstädti-
schen Kasino und in der Generalversammlung
des Vereins am Donnerstag zu haben. [451]
Das Komitee. J. A.: Linsener.

Allen Freunden und Bekannten empfehle mein
Weiß- u. Bairisch-Bier-Lokal.
326] Fritz Ebel, Etalierstr. 43.

Neu
Admiralstr. 38 G. Sodtko. Admiralstr. 38
Kräftige Bouillon von 10 Uhr ab a 15 Pf.
Mittags (Hausmannsloft) a 50 Pf. mit Bier.
Abendlich nach Belieben. Billig und kräftig. [347]

Todes-Anzeige.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß unser
Kollege **Andreas Hilliger**
nach sehr kurzem Krankenlager dahingefahren
ist. Die Beerdigung findet am Montag Nach-
mittags 2 1/2 Uhr vom Krankenhause Behnien
aus statt. [461]
Die Kollegen der Piano-Fabrik von
F. Henmeyer.

Roh-Tabak!

Preiswerthe Sumatra-Decken, wie billige
Umblätt- und Einlage-Tabake, empfehlen
Bergemann & Donisch,
458] C. Alexanderstraße 38.

F. Ruhnke,
Uhren-Fabrik,
Berlin S., Dresdenerstr. 30,
empfiehlt alle Arten Uhren, Ket-
ten, Schlüssel, Goldwaaren etc.
Spezialität:
Regulatoren
1. Qualität. [86]
Werke in den geschmackvollsten
Kunstern zu Fabrikpreisen unter
5 jähr. reeller Garantie. Theil-
zahlung ohne Preisverhöhung ge-
stattet. Reparaturen gut und billig.

Meine Destillations-, Bier-, Frühstücks- und
Billardtische, sowie Pagenhofer u. helles Lager-
bier a Glas 10 Pf. empfehle bestens
A. Barthel,
Kottbuser Damm 58 (Hermann-Platz 4).

Elegante Masken-Garderoben
für Herren und Damen zu billigen Preisen. [252]
W. Christopei, Kottbuserstr. 3.

Masken-Garderobe
F. Stenzel,
Dresdenerstraße 21.
Elegante Kostüme zu den solidesten Preisen.
250] Vereine Ermäßigung.

Do speisen Sie? In
der alten Pommerschen
Küche d. Klein, jetzt
Drantsenstr. 181, Hof v.
Gedieg. Mittagstisch
m. Bier 50 Pf. Abendlich
in gr. Auswahl v. 30 Pf.
an. Angenehmer Auf-
enthalt mit Billard.

Achtung! H. F. Dinslage,
Kottbuserstraße 4, Hof part.
Kein Laden, nur eigene Fabrikation. 25 Bigaretten
1 Mark. Garantie rein amerikanischer Tabak.
Rippentabak 2 Bld. 70 Bfa. [348]

Große Auswahl in
Masken-Garderobe [251]
zu billigsten Preisen. Anzüge schon von 1 M. an.
R. Klose, Reichbergerstr. 167.

Damen-Mäntel hochleg. 10 M.,
Berth 50 M., Schulden
halber z. Verkauf. Engl. Tall-Gardinen 30 Pf.,
Manilla, zu Sophas, 30 Pf., 1/2 br., gebt.
Leinen 50 Pf., Kleiderstoffe, beste Qual., 50 Pf.,
Kleiderstoffe, b. Qual., 20 Pf., 1/2 Cachemir
75 Pf., Tepp. u. Stepp. 4 M., Berth 20 M.
Waarenh. Lindenstr. 68, 1. Sonntags bis
Abends geöffnet. [18]

Frage.
Sagen Sie bloß, Frau Nachbarin, w. mit
haben Sie denn immer so leicht Ihre Wäsche
rein, weiß und sauber? 418
Antwort.
Seitdem ich Seifenpulver der Rheinischen
Sodafabrik gebrauche, dasselbe ist billig und
gut, kostet 20 Pf. pro Packt.

Die von Mitgliedern des Fachvereins der Schneider
gegründete
Produktiv-u. Rohstoffgenossenschaft der Schneider
zu Berlin (E. G.)

No. 30. Zimmer-Strasse No. 30.

empfehlen ihr Lager fertiger Herren-Garderobe, sowie ihr reichhaltiges Lager
in- und ausländischer Stoffe, ebenfalls Futter, Borte und Knöpfe.

Herren-Garderoben
jeder Art werden nach Maß angefertigt.
Reelle Arbeit. — Dauerhafte Stoffe. — Feste Preise.
Der Vorstand und Verwaltungsrath.

Wir haben eine ganze Menge Seinen- und Baumwoll-Boaten zu außer-
gewöhnlich billigen Preisen angekauft und offeriren demzufolge solche jetzt

sehr viel billiger

Hemdentuche	in guter Qual., ohne jede Appretur, 1/2 breit	Mtr. 30—40 Pf.
Ranforec	eine feinsädiqe Waare, hübsch dicht gewebt, 1/2 breit	Mtr. 40—45 Pf.
Cretonne fort	sein u. rundsädiq. sow. i. d. Haltbar. als auch in d. Wäsche ganz vorzögl.	Mtr. 50 Pf.
Shirting	in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für	Mtr. 25 u. 30 Pf.
Chiffons	ebenfalls in allen Qualitäten, aber auch schon sehr gut für	Mtr. 30 u. 35 Pf.
Gutes Hausmacherleinen	jetzt	Mtr. 40 u. 45 Pf.
Gutes breit. Hausmacherleinen	für Damen Mt. 1 Mk. jetzt	2 Mk.
Gute Küchen-Handtücher	1/2 Dgd. Packung	2 1/2, 3, 3 1/2 Mk.
Gute Stuben-Handtücher	in 1/2 Dgd. Packung	2 1/2, 3, 3 1/2 Mk.
Gutes gut. Bettzeug	Neueste Berl. Muster, 1/2 br.	Mtr. 35 u. 40 Pf.
Rosa und gestreifte Julets		Mtr. 50 u. 60 Pf.
Drillidige,	ganze Bettbreite	Mtr. 75 Pf.
Tischgedecke	mit 12 Servietten, mit 6 Servietten	4 1/2 Mk.
Einzelnue Tischtücher	für	1 Mk.
Einzelnue Servietten	für	30 Pf.
Leinene Taschentücher	1/2 Dgd. Packung	1, 25, 1, 50, 1, 75, 2 Mk.
Möbel-Cattune,	vollständig maschirt,	Mtr. 30 u. 40 Pf.
Teppidige	in allen Qualitäten und größere	4, 5, 6, 10 Mk.
Waschrechte Hauskleiderstoffe		Mtr. 30 u. 40 Pf.
Wollene Kleiderstoffe	in sehr gr. Auswahl.	Mtr. 35 u. 45 Pf.
Schwarze rein wollene Cachemirs	sehr reelle Qualitäten	Mtr. 1, 1, 25, 1, 50, 1, 80, 2 Mk.
Regen-Mäntel	in sehr großer Auswahl.	10, 12, 15, 18 Mk.

Jeden Montag Vormittag Ausverkauf
von Nesten und einzelnen Nohen.

Sielmann & Rosenberg,
Berlin, Kommandantenstr., Ecke Lindenstr.

Beilage zum Berliner Volksblatt.

Nr. 14.

Freitag, den 17. Januar 1886.

III. Jahrg.

Politische Uebersicht.

Die Polendebatte fand gestern ihre Fortsetzung im Reichstag. Während aber vorgestern die Sitzung anfangs trotz der interessanten Tagesordnung recht lebhaft, fast langweilig war und erst gegen Schluss einen mitunter sehr härmischen Charakter annahm, war heute das Verhältnis ein umgekehrtes. Die Stimmung war bei Beginn allerseits eine äußerst gereizte und sie wurde nicht besser durch das, was der erste Redner, der junge Landrath von Fraußadt, Herr von Rheinbaben, sagte. Derselbe spielte sich als „Hilfsredner“ des Herrn v. Hellendorff auf und entwickelte eine Hartnäckigkeit und Gefühlslosigkeit, wie sie bis jetzt im deutschen Reichstag nicht bemerkt worden ist. Die Unterbrechungen, die diesem Redner zu Theil wurden, dauerten öfters minutenlang, aber schließlich setzte derselbe seine Expektorationen fort, die u. A. auch folgende Blüthe zu Tage förderten: „Die Wege des Reichskanzlers scheinen oft dunkel, aber mit frommem Glauben vertraut das Volk auf ihn u. s. w. u. s. w.“

Während der Rede Rheinbaben's meldete sich mit lauter, vor Entrüstung bebender Stimme Windthorst zum Worte.

Der folgende Redner war Herr Rickeri von den Deutschfreisinnigen, der mit größerer Wärme, als sie sonst seine Rede auszeichnen pflegt, für Toleranz und Humanität eintrat und neben einer großen Zahl von Fällen der Härte, die bei den Ausweisungen vorgekommen, auch seine Erfahrungen zum Besten gab, die er als geborener Westpreuße, der jeden Sommer in einem überwiegend polnischen Landestheil zubringe, gesammelt habe und die in ihm die Ueberzeugung gereift, daß Preußen mit diesen Maßregeln den nationalen Interessen Deutschlands nicht nur nichts nützen, sondern den Polen stets eine Waffe gegen das Deutschtum in die Hände geben werde.

Sodann las Herr Professor Marquardsen, Staatsrechtslehrer an der Universität Erlangen, seines Reichens Nationalliberaler, von Abstammung ein Angehöriger des „verlassenen Bruders Stammes“, als welcher er die „Annehmlichkeiten“ der dänischen Fremdherrschaft noch kennen gelernt, ein Kollegium über preussische und nationalliberale Auffassung des Völkerrechts. Er war so gnädig, dem Reichstag das Recht des Tadels gegenüber den einzelnen Vorkommnissen zuzugestehen, dagegen habe eigentlich doch nur der preussische Landtag die Befugnis, sich die Sache genauer anzusehen. „Es ist ja Alles ganz richtig, was gesagt wurde, aber — —“, das war die Quintessenz des Herrn Abgeordneten für Worms.

Von den Ultramontanen war eine „Berichtigung“ zu ihrem gestrigen Antrag eingebracht worden, der nunmehr folgendermaßen lautet:

„Der Reichstag wolle die Ueberzeugung aussprechen, daß die von der königl. preussischen Regierung verfügten Ausweisungen russischer und österreichischer Unterthanen nach ihrem Umfange und nach ihrer Art nicht gerechtfertigt erscheinen und mit dem Interesse der Reichsangehörigen nicht vereinbar sind.“ (Die gesperrt gedruckten Worte bilden die Berichtigung.)

Hierzu sprach der Abg. Spahn, der auch noch mit weiterem Belastungsmaterial bezüglich der Ausweisungen aufwartete.

Nach ihm leistete der Kreuzrittergänger von Hammerstein eine Rede, die wenigstens den Vorzug der Offenherzigkeit hatte und dem Hause offenbarte, daß bei den Ausweisungen neben Kulturkampfrücksichten auch antisemitische Gründe maßgebend seien. Im Uebrigen blieb der Edle wenig hinter den Herren v. Rheinbaben und v. Hellendorff zurück.

Inzwischen war es 2 Uhr geworden und der Präsident machte den Vorschlag, die Sitzung bis 3 Uhr zu vertagen, um den Abgeordneten, welche zugleich Mitglieder des preussischen Abgeordnetenhauses sind, Gelegenheit zu geben, dort ihr Präsidium zu wählen. Gegen den Widerspruch Kayser's,

welcher denselben damit motivirte, daß auf die Partikularlandtage in Bayern, Sachsen, Württemberg u. a. auch nicht die Rücksicht genommen werde, welche man hier für Preußen verlangen, beschloß das Haus dem Antrage des Präsidenten gemäß.

Beim Minuten nach drei ertönte die Glocke wieder und vor ziemlich leeren Bänken hielt der Demokrat Payer eine vortreffliche, von großem Beifall der Linken begleitete Rede, in der er neben Herrn v. Hellendorff den Bierlänger Marquardsen gebührend verarbeitete und ernste Mahnungen an Regierung und Reichstag richtete.

Von den Ausführungen der Herren Junggreen und Langwerth v. Simmern war bei der Unruhe der inzwischen vom Dönhofsplatz zurückgekehrten Herren wenig zu verstehen.

Bornentbrannt wandte sich der Nationalliberale Böttcher, der Mann, welcher dadurch „berühmt“ geworden, daß er einmal schrieb, Hasenclever habe den Normalarbeitstag „erfunden“, gegen Payer, welcher davon gesprochen, daß das nationale Leben bei den Nationalliberalen und Konservativen im Rückgange sei; gegen das Centrum, gegen die Freisinnigen. Er hatte sich den Anfang seiner Rede gut eingepaukt, fiel aber aus der Rolle und fand sich erst wieder, als er den „reinen“ Kanzlerstandpunkt herauslehrte und die Maßregeln gegen die Polen, die er „ja auch bedauere“ (sie seien aber „leider Gottes“ nicht zu vermeiden gewesen), damit als gerechtfertigt erklärte, weil die Polen, die ja nun einmal durch ihre Geschichte ein zerstücktes Volk geworden, immer wieder nach nationaler Selbstständigkeit trachteten!! Im Allgemeinen rezitierte Herr Böttcher mit schäferlichem Schauspielerpathos einen von ihm verübten Leitartikel der „Nat. lib. Korrespondenz“. Seine „Mahnungen“ an die Linke erklangen in dem Gelächter der Mehrheit des Hauses.

Eine förmliche Abschlachtung nahm hierauf Windthorst, der ganz Ironie geworden, an dem unglücklichen Nationalliberalen vor, der den Polen ihre nationale Bestrebungen als Verbrechen anrechnet. Auch die „Jagdthiere“, die er dem Hammerstein verabreichte, waren nicht von schlechten Eltern.

Damberger besorgte in einer, wie immer geistreichen, Auseinandersetzung die Zurückweisung der von Böttcher gegen die Freisinnigen gerichteten Angriffe. Die Reden Böttcher's und v. Hammerstein's hätten ihn unwillkürlich an die tollste Zeit des dritten Empire erinnert, wo die Granier de Cassagnac, die „Janitscharen des Kaiserreichs“, jeden Patrioten, der sich erlaubte, die Interessen Frankreichs denen der Bonaparte gegenüber zu stellen, niederzuschrien.

Mit dem Schluß der Damberger'schen Rede trat um 6 Uhr Schluß der Debatte ein. Nach diversen persönlichen Bemerkungen erhielt das Schlußwort zu dem Antrag Liebknecht und Genossen der Abg. Singer, welcher besonders betont, daß die Sozialdemokraten sich nicht damit begnügen können, wie die Angehörigen verschiedener anderer Parteien, bloß ein platonisches Bedauern auszusprechen, sondern daß sie sich für verpflichtet halten, laut Protest zu erheben vom Standpunkt der Humanität aus. Den Abg. Hammerstein, welcher gesagt, daß im französischen Abgeordnetenhause ein Deputirter, welcher eine solche Rede wie Liebknecht hielt, von der Tribüne gejagt werden würde, erinnert Singer daran, daß im Jahre 1870 der französische Abgeordnete Pelleian es war, welcher im Parlament gegen die brutalen Ausweisungen der Deutschen protestirte, unterstützt im Lande von den Arbeitern, welche gleichfalls den Menschlichkeitsstandpunkt hochhielten. Gegenüber der Bezeichnung Liebknecht's durch Hammerstein als „Führer der Majorität“ wünschte er nur, daß dieselbe Majorität wie heute sich wieder auf dem Boden der Gerechtigkeit zusammensinden möge, wenn der Reichstag Gelegenheit haben werde, sich über die auf Grund des Sozialistengesetzes erfolgten Ausweisungen zu unterhalten. — Im weiteren Verlauf seiner scharfen Ausführungen wird der Redner wegen des Ausdrucks „barbarisch“, den er gegen die

Ausweisungen gebraucht, vom Präsidenten zur Ordnung gerufen. Ein abermaliger Ordnungsruf wird ihm beim Schluß erteilt, als er von einer „Säule der Schande“ gesprochen, zu der seine Partei keine Bausteine beitragen wolle.

Nach wenigen Schlussworten von polnischer Seite erfolgt die Abstimmung, in welcher der Antrag Liebknecht u. Gen. gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, Polen und Volkspartei abgelehnt, dagegen der Antrag Windthorst mit großer Majorität angenommen wird.

Parlamentsberichte.

Deutscher Reichstag.

26. Sitzung vom 16. Januar, 11 Uhr.
Der Tisch des Bundesrathes ist nicht besetzt.
Eingegangen ist ein Handels- und Konsularvertrag des Deutschen Reiches mit der Dominikanischen Republik.
Die Diskussion über die Ausweisungsanträge wird fortgesetzt.

Abg. v. Rheinbaben (konf.): Als der Abg. Marquardsen neulich bei Gelegenheit der Geschäftsordnungsdebatte sagte, die Angelegenheit geböre vor das preussische Abgeordnetenhause, da meinte der Abg. Richter, es sei dies ein partikularistischer, ein bürokratischer Standpunkt, die Frage sei vielmehr von deutsch-nationalem Interesse. Ich gebe dies letztere zu, aber füge hinzu, daß der Abg. Richter durch Unterstützung des deutschfreisinnigen Antrages diesem deutsch-nationalem Interesse keinen Dienst geleistet hat. Uns Allen und auch dem Staatsmanne, der die Ausweisungen verfügt hat, fehlt es keineswegs an Mitgefühl, aber der Staatsmann ist doch in meinen Augen der größte, welcher eine, wenn auch unpopuläre, Maßregel ausführt, weil er eingesehen hat, daß das Wohl des Landes es erfordert. Die Herren Richter und Windthorst mögen, so oft sie wollen, erklären, die Ausweisungen seien durch das nationale Interesse nicht gerechtfertigt, die Thatfache werden sie dadurch nicht aus der Welt schaffen, daß die fortschreitende Colonisation in den östlichen Provinzen während der letzten Jahrzehnte eine erste Gefahr für Deutschland in sich schließt. (Ob! links und im Centrum.) Da war es Pflicht des Staatsmannes, der das Wohl des Landes im Auge hat, gegenüber den Ueberfütungen mit ausländischen Polen sich von den Ausländern zu befreien, um wieder Herr im eigenen Hause zu werden. (Ob! im Centrum.) Der Umstand, daß die ausgewiesenen Polen zum großen Theile Katholiken sind, hat dem Abg. Windthorst als Beweis gehalten müssen, daß es mit den Ausweisungen vor allen Dingen um eine Vertreibung der Katholiken abgehe eben sei! (Abg. Windthorst: Hat seine Wichtigkeit!) Der Abg. Windthorst wird mit dieser Behauptung kein Glück haben einer Regierung gegenüber, die gerade das allergrößte Interesse daran hat, die Solidarität, welche leidet in verschiedenen Theilen der preussischen Monarchie zwischen Katholizismus und Protestantismus besteht, zu zerstören. Ich kann allerdings aus meiner eigenen Erfahrung sagen, daß diese Solidarität immer mehr im Schwanden begriffen ist und die deutschen Katholiken in unseren östlichen Grenzprovinzen immer mehr einsehen, daß die Interessen der katholischen Religion mit denen des Protestantismus nicht zusammenfallen und jene am besten geschützt sind, wenn sie sich dem Schutze der preussischen Regierung anvertrauen. (Lachen im Centrum.) Der deutschfreisinnige Antrag sagt, daß die Ausweisungen humane Rücksichten außer Acht lassen. Die Zentralstelle, welche derartige Ausweisungen anordnet, kann aber unmöglich für jedes Detail der Ausführung verantwortlich gemacht werden. (Zuruf aus dem Centrum: Natürlich kann sie das!) Diese Verantwortung müssen die Lokalinstanzen tragen, und wo diese richtig operirt haben, sind auch verhältnismäßig wenig Klagen und Beschwerden entstanden. Was ich zugebe, ist dies, daß es vielleicht besser gewesen wäre, an Stelle der zahlreichen Prolongationen von vornherein längere Fristen zu bestimmen; denn die Prolongationen haben nur dazu geführt, Zweifel zu erregen an dem Sinne des Willens der preussischen Regierung, die Ausweisungsmassregel durchzuführen, und man hat in Folge dessen geglaubt, durch recht laute Klagen und Beschwerden die Maßregel wieder rückgängig machen zu können. Es mag ja sein, daß hier und da Mißgriffe vorgekommen sind — es wäre dies nur zu erklärlich — und hier und da hätte mit größerer Schonung verfahren werden können. Ob es aber gerade patriotisch ist, derartige Mißgriffe an die große Glocke zu hängen (Ob! im Centrum) und die leitende deutsche Regierung, die doch nur im Interesse der Sicherheit und des Schutzes der deutschen Nation gehandelt, deswegen vor ganz Europa der Inhumanität zu zeihen, das überlasse ich dem Urtheil aller Gutgesinnten. Auch wir bedauern, daß es notwendig gewesen ist, zu so harten Maßregeln zu schreiten; aber ich weiß auch,

Dann fahre wohl, jugendliche Ungebundenheit, dann heißt es Aufmerksamkeiten erweisen, sparen für den schweren Stand der Ehe, für die zukünftige junge Frau, für die — doch ich will nicht vorgeifen.

Das Alles kann dem nicht passieren, der sich fern hält vom Eise, und der prinzipiell Maskeraden meidet. Es mag ja sein Angenehmes haben, mit Ritterspieteln und klingenden Sporen über den blanken Parkettsfußboden dahinzuschieben, vielleicht am Arme einer Sennerrin oder einer Königin der Nacht, aber mancher hat es doch schon bereut.

Wem nicht zu rathen ist, dem ist auch nicht zu helfen. Es unterliegt wohl kaum einem Zweifel, daß nach Beendigung der Saison verschiedene Ständesbeamte in Thätigkeit gesetzt werden, und daß die Zahl der angehenden Familienväter um ein nicht Unerhebliches vermehrt werden wird.

Nur immerzu, mancher Mensch fähig sich nicht früher wohl, bis er glücklich in den Hafen der Ehe eingelaufen ist. Es ist ja ein förmliches Wettrennen, genau ebenso, wie von dem oberen Ende der Leipziger Straße nach dem unteren gelaufen wird, wenn entweder am Potsdamer- oder am Dönhofs-Platz ein Präsident gewählt werden muß. Glücklich der Mensch, der nicht mitzuaußen braucht, der in voller Seelenruhe zusehen kann. Aber jeder Stand hat seine Freuden und seine Leiden. Bei dem Stande der Volkvertreter mit doppeltem Mandate müssen allerdings die Freuden überwiegen, denn sonst würden sie wahrschijnlijk doch auch einmal zum letzten Ausfluchtsweg greifen, wenn ihnen zu viel zugemuthet wird: zum Streik. —

Berliner Sonntagsplauderei.

R. C. Die Hoffnung der Eispächter scheint wieder einmal zu Wasser werden zu wollen. Kaum hat sich das Wasser mit einer einigermaßen haltbaren Eisdicke versehen, kaum sind die Schlittschuhläufer von dem vorjährigen Frost befreit, und junge und alte Menschen fangen an sich zu freuen, dann kommt ein tödtlicher Südwind, und bläst mit vollen Baden das bisherige Eis wieder weg.

Und angesichts der vielen Unglücksfälle, die sich in diesem Jahre ereignet haben, kann man eigentlich hierüber kaum ein Bedauern empfinden. In der Spree, in der Havel, auf den Seen fanden junge blühende Menschen einen vorzeitigen Tod, und im Hinblick auf die tragischen Umstände, die manchen dieser Unglücksfälle begleiteten, muß man sich wohl die Frage vorlegen: „Ist denn das bisherige Vergnügen wirklich die Gefahr werth?“

Einen großen Theil der Schuld an den Unfällen trägt die unausstehbare, in jedem Jahre wiederkehrende Waghalsigkeit der Jugend. Was soll man dagegen sagen? Erstens hilft Lamentiren hiergegen nichts, und zweitens kann sich ein vernünftiger Mensch wohl kaum der Wahrnehmung verschließen, daß er es früher genau ebenso getrieben hat.

Wer hat als hoffnungsvoller Junge nicht zuerst mit einem halben Mauerstein, der mit der ganzen jugendlichen Kraft auf die schwankende Eisdicke geworfen wurde, probirt, ob das junge Eis hält? Wer ist unter den haunenden Blicken der Spielkameraden nicht zuerst auf das diegliche Eis getreten, und wer hat wohl nicht, wenn er trübselig mit nassen Hosen nach Hause schlich, und durchaus nicht im

Zweifel war über die Dinge, die da kommen würden, seine Kollidiertheit lebhaft bedauert?

Das wird so leicht nicht anders werden, es werden sich immer Leute finden, die an Dingen Vergnügen finden, bei deren bloßem Anblick Andere eine Gänsehaut überläuft.

Lobdem ist und bleibt das Schlittschuhlaufen ein äußerst gesundes und erregendes Vergnügen. Nicht etwa wegen der körperlichen Belustigung allein, nein, die Sache liegt tiefer. Wenn der Liebesgott ein Register fühn würde über all das Unheil, welches er im Laufe der Zeiten bereits angerichtet hat und aller Wahrscheinlichkeit nach noch anrichten wird, so könnte man mit ziemlicher Sicherheit darauf rechnen, daß eine gute Anzahl Ehen auch auf dem Eise wenigstens angebandelt worden. Selbstredend müßte ein solches Allenstück der größten und weitesten Dessenlichkeit übergeben werden.

Wer dem Ehejoch entgehen will, der wage sich im Winter nicht auf das Eis, es könnte ihm sonst noch etwas Schlimmeres passieren, als dem bekannten Langohr, wenn er sich wohl fühlt.

Allerdings, wer die Charibdis vermeiden will, stürzt gewöhnlich in die Stylla. Wer sich nicht mit dem ganzen Stolz eines unnahbaren Männerherzens zu umgürten vermag, der gehe auch so leicht auf keinen Maskenball. Denn dort ist für überzeugungstreue Junggesellen ein gefährliches Feld. Hinter dem schimmernden verführerischen Aeußeren einer schönen Maske lauert gewöhnlich das Gespenst der Verlobung, mit welcher in den weitaus meisten Fällen der gänzliche Verlust der bürgerlichen Freiheit verbunden ist.

daß jeder Deutsche, der in polnischer Diaspora die nationale Fahne hoch hält, und selbst jeder national gekannte Deutsche in den östlichen Provinzen Preußens, der mit den Verhältnissen vertraut ist, von der Nothwendigkeit und Zweckmäßigkeit derselben überzeugt ist. (Ob! links und im Centrum.) Ich weiß südlische Gemeinden, die Tausende und Abertausende zugebracht haben, um die Ausgewanderten zu unterstützen, und die in ihren Eingaben an die Behörden ausdrücklich zugestanden haben, daß sie selbst die Ausweisungsmassregel für gerechtfertigt und im Staatsinteresse geboten erachten. Es liegt auf der Hand, daß man halbe Maßregeln nicht treffen kann, wenn man das wieder gut zu machen hat, was in Jahrzehnten versäumt worden ist. Mag der Abg. Windthorst mit noch so rührender Stimme die wehlosen Kinder und Frauen vorführen, die von der Ausweisung betroffen sind, die Mehrzahl der deutschen Nation begrüßt es mit Freude, daß wir eine Regierung besitzen, die von jenem gundem Egoismus befreit ist, der mit rücksichtsloser Energie auf die Gefahr hin, von einer schwächlichen Sentimentalität der Inhumanität beschuldigt zu werden (Widerspruch links), die Interessen fremder Staatsangehöriger opfert, wenn es sich um den Schutz und die Sicherheit des eigenen Landes, um das Wohl der eigenen Landeskinde handelt. Ich habe das Gefühl, daß Sie selbst den Akt ablagen, auf dem Sie sitzen (Heiterkeit), wenn Sie dem leitenden Staatsmann bei diesen seinen edel nationalen Bemühungen Steine in den Weg legen. Dem Ansehen des deutschen Reichstages in den Augen der deutschen Nation nugen Sie mit Ihren Anträgen nicht; denn die deutsche Nation steht auch in dieser Frage in ihrer überwiegenden Majorität auf Seiten ihres Reichskanzlers (Widerspruch und Heiterkeit), zu dem sie das Vertrauen hat, daß, wenn auch seine Wege mitunter am Anfang dunkel sind (große Heiterkeit), sie doch keinen andern Zweck haben, als die Größe, Wohlfahrt und Sicherheit des Deutschen Reiches herbeizuführen. (Sehr wahr! rechts) Ich warne Sie in Ihrem Interesse, einen der Anträge anzunehmen; denn es könnte dies nur dazu dienen, dem Reichskanzler zu einem zweiten 15. Dezember zu verhelfen. (Heiterkeit und Widerspruch links. Beifall rechts.)

Abg. Ricker (deutsch frei.): Daß eine zweite Entlassungskommission das Ziel wäre, haben wir wohl vermutet, ich habe aber nicht erwartet, daß das hier ganz offen ausgesprochen werden würde. (Sehr gut! links.) Noch nie ist wohl eine schwächere Maßregel von solcher Tragweite mit schwächeren Gründen vertheidigt worden. (Sehr gut! links.) Man ruft uns zu: Ihr habt den Beweis zu führen, daß die Maßregel nicht im nationalen Interesse ist. Diese Art ist neu. Das kommt darauf hinaus: der Reichskanzler hat's gemacht, daher ist's gut. Ihr habt zu schweigen und zu glauben, denkt auch die Nation. So weit sind wir doch wohl noch nicht. Der Vorredner fragt, ob es patriotisch sei, Mißgriffe an die große Glocke zu hängen? Also doch Mißgriffe! Das ist einfach unsere Pflicht als Volkstreue. Wenn keine Vorstellung der kompetenten Korporationen, wenn die Interpellation in Preußen helfen, dann haben wir unsere Meinung auszusprechen, und wollen dann denen die Verantwortung überlassen, welche die Maßregel angeordnet und vertheidigt haben. Das ist unsere Pflicht; man würde es nicht begreifen, daß die Vertretung des Volkes sich nicht schweigen dürfen läßt in einer Frage, in welcher allerdings das nationale Interesse und die nationale Ehre auf dem Spiele stehen. Ueber die Kompetenzfrage will ich kein Wort weiter verlieren. Sie ist zweifellos. Sie allein (rechts) sind anderer Meinung. (Zuruf rechts: nein!) Auch Sie nicht einmal Alle? Dann kann ich's mir sicherlich eripieren. Wir müssen es der Regierung überlassen, ob sie hier erscheinen will oder nicht. Nun frage ich Sie: Haben die Vorredner die Nothwendigkeit der Maßregel auch nur versucht zu beweisen? Herr von Büttlamer sagt, es ist nothwendig, die 30 000 Polen insgesammt auszuweisen im Staatsinteresse, Herr v. Helldorf und v. Reinbaben sagen es nach. Was bedeuten aber diese 30 000 Polen, von denen eine große Zahl deutsch gekannt, gegen die hunderttausende Polen, die als Preußen zurück bleiben? Sie verlangen von uns den Gegenbeweis. Bringen wir eine große Zahl von Einzelheiten, dann sagen Sie: das sind einzelne Mißgriffe. Nicht einen Schatten eines Grundes hat Herr von Helldorf begebracht. Seine ganze Rede war ein schwacher Abglanz der kaiserlichen Rede vom 1. Dezember, eine Kopie bis auf den „unitarischen Konvent“. Wo Herr v. Helldorf sich zur Originalität aufschwang, verunglückte er, z. B. bei der Behauptung, der Reichstag habe als unitarischer Konvent bei der Gottburg'schen Wahl eine bestimmte Auslegung des Sozialistengesetzes durchzuführen gesucht. Er hat eine Unkenntnis der Verhandlungen über das Sozialistengesetz verrathen, die ich selbst ihm nicht zugetraut. (Große Heiterkeit.) Wurde nicht damals ausdrücklich die Wahlfreiheit und die Freiheit der Verhandlungen von der Regierung zugesichert? Das sind Bestimmungen der Verfassung und des Wahlgesetzes. Diese gegen Polizeivöllkür zu vertheidigen, ist die Pflicht des Reichstages. Auch in dem Angriff auf die Majorität hat der Abg. v. Helldorf den Reichskanzler übertrumpft. Er hat den bewundernswürdigen Muth gehabt, die Verächtlichung der Majorität entgegenzuschleudern, sie besorge die Geschäfte des Auslandes. Das ist eine kolossale Ueberhebung eines einzelnen Mitgliedes, dem weder seine Vergangenheit noch seine Leistungen dazu irgend ein Recht geben. (Sehr wahr! links und im Centrum.) Welches Auslandes denn? Mit Rußland und Oesterreich ist ja die Regierung völlig einig. In der That, wir brauchen weder das Zeugniß des Abg. v. Helldorf, noch das des Kanzlers über unseren Patriotismus. (Sehr gut! links und im Centrum.) Darüber sind wir allein klüger. Wo sind denn die großen Grundzüge der Humanität und Toleranz geblieben, welche seit Friedrich dem Großen bei uns gelten? Wo war der christlich-soziale Herr Söder bei unserer Verhandlung? Ich muß Ihnen jetzt noch eine Reihe von Einzelheiten vorführen. Redner schildert nun ausführlich die Vorgänge in Danzig, wo am 27. August eine große Anzahl von Arbeitern die Ordre erhielten, zum 1. Oktober Preußen zu verlassen; die Maßregel habe eine Reihe von Familien getroffen, deren Haupter nicht einmal polnisch verstanden, die seit Jahren in Danzig wohnten und sich als nützliche Mitarbeiter auf dem Handelsgebiete erwiesen hätten, russische Korrespondenten in den Geschäften, Kaufleute, die Waarenlager im Werthe von Hunderttausenden hätten, sollten plötzlich alle Beziehungen abbrechen und unter den größten Verlusten Danzig verlassen. In Breslau sei ein Produktienmaler, obgleich er 30 Jahre dort und durchaus mit dem deutschen Wesen verwachsen war, ausgewiesen, obwohl sich einflußreiche Männer, Konservative und Nationalliberale, für ihn verwandt hätten. Selbst die Mutter des früheren Ministers Wilde, eine Dame von 80 Jahren, habe die Ausweisungsbefehle bekommen. (Hört, hört!) In Thorn habe ein jüdischer Kaufmann, der als vierzigjähriger Knabe nach Preußen gekommen, hier erzogen war, kein Wort polnisch versteht, früher sich habe naturalisiren lassen wollen, dies aber versäumt habe, ebenfalls die Ordre bekommen. Ein Dienstmädchen in Thorn, von einer preussischen Mutter geboren, habe im Sommer die Ausweisungsbefehle erhalten, sich zum 1. Oktober nach Alexandrowa vermiehet, sei aber an der Grenze wieder aus Rußland zurückgewiesen worden und habe dann glücklicherweise in Thorn wieder bei der alten Herrschaft Unterkunft erhalten. Dort sei sie geblieben, bis sie plötzlich am 4. Januar auf das Landrathsamt beschieden und nach ihren Sachen gefragt wurde; und als sie aus Furcht, dieselben würden gepfändet werden, erklärte, sie habe nur ein Hemde und ein Kleid, habe man ihr dies zu holen gestattet und sie damit über die Grenze gebracht. Was aus ihr geworden, sei unbekannt; ihre Sachen liegen bei der alten Herrschaft. Welch ein Sturm der Entrüstung ging durch Deutschland und durch Europa, als Frankreich während des Krieges 60 000 Deutsche

aus Paris aufwies! In der halbamtlichen „Provinzial-Korrespondenz“ vom 17. August 1870 las man über die Ausweisungen: „Die französische Regierung, die noch vor Kurzem den Anspruch erhob, den Ideen der Zivilisation zu dienen, hat eine Maßregel ergriffen, deren Barbarei in ganz Europa verurtheilt wird. (Hört, hört!) Mehr als 60 000 Deutsche, welche größtentheils als fleißige Arbeiter ihren Unterhalt in Frankreich gefunden und dort theilweise festen Wohnsitz und Familie gegründet haben, werden dadurch ins Verderben gestürzt. Diese Maßregel hat einen Schrei des Unwillens und der Entrüstung nicht bloß in Deutschland, sondern auch in den neutralen Staaten hervorgerufen.“ Und dann heißt es im amtlichen Blatt am Schluß: „Keineswegs aber wird Deutschland im Bewußtsein seiner Würde und Ehre an den Bürgern Frankreichs, welche friedlich unter uns leben, die terroristische Gewaltthat strafen, mit welcher das französische Gouvernement die beiden Nachbarvölker zu entzweien trachtet. Auch im Angesicht der ungerechten und barbarischen Verfolgung werden wir, der ehrwürdigen Sitte unserer Väter gemäß, das Gesetz der Bürger Frankreichs achten (hört, hört!), welche auf den Schutz unserer Siege vertrauend, den deutschen Boden betreten haben.“ Mit dieser Massenausweisung thun Sie der deutschen Zukunft keinen Dienst. Wir sind nicht sentimentale Gefühlsmenschen, wir werden treu und fest für deutsche Kultur weiter kämpfen, wir sind aber der Meinung, daß Deutschland groß und stark genug ist, um auch bei Aufrechterhaltung der in allen Religionen maßgebenden großen Grundzüge der Toleranz, Humanität und Menschlichkeit bestehen zu können. (Beifall anhaltend Beifall.)

Abg. Marquardsen (nationall.): Wir haben dem Abg. Ricker und seiner Partei in keiner Weise Schweigen über diese Angelegenheit auflegen wollen, ich habe früher nur gemeint, daß der geeignete Ort zu ihrer Besprechung das preussische Abgeordnetenhaus sei. Die gestrige und heutige Diskussion hat diese meine Auffassung bestätigt. Ueber die große Anzahl von einzelnen Fällen, die Sie hier angeführt haben, könnten wir dort um so leichter ein abschließendes Urtheil gewinnen, als es sich vorwiegend um Ausführungs-handlungen von Unterbeamten handelt. Herr Möller hat selbst zugegeben, daß in sehr vielen Fällen seitens der Oberbehörden Remedur eingebracht ist. Ich erkläre im Namen meiner Freunde, daß auch wir die Härten, die bei einzelnen Handlungen zum Vorschein gekommen sind, bedauern, daß wir aber hiervon unser Urtheil über den Geist der Maßregel im Ganzen nicht abhängig machen können. Ich kann Namens meiner Freunde erklären, daß wir uns keinem der vorgeschlagenen Anträge anschließen werden. (Zuruf: „Natürlich!“) Speziell der Antrag der Sozialdemokraten erscheint mir sehr bedenklich, weil er sagt, die Maßregeln seien „geeignet, völkerrechtliche Verwicklungen mit dem Auslande herbeizuführen.“ Hierdurch machen wir das Ausland gewissermaßen aufmerksam, fordern es auf, Stellung zu nehmen. Der Antrag spekulirt gewissermaßen auf das Uebelwollen des Auslandes. (Widerspruch bei den Sozialdemokraten.) Wir werden also keiner der Einberaumungsurtheile für die preussische Regierung enthaltenden Resolutionen zustimmen; denn wir glauben, daß sie in der Ueberzeugung gehandelt hat, nicht die Geschäfte des Auslandes zu besorgen, sondern den Interessen der deutschen Nation zu dienen.

Abg. Spahn (Centr.): Nicht nur die „Provinzial-Korrespondenz“ von 1870, sondern eine ganze Reihe offizieller Auslassungen von damals führte gleichmäßig aus, daß die Franzosen wie alle Ausländer in Deutschland das Gesetz nicht genossen, daß das eine unter allen Umständen heilige und ehrwürdige Sitte unserer Vorfahren sei, deren Verletzung unsere eigenen Bürger gefährden könne. Derselben Anschauung hat England wiederholt sogar auf diplomatischem Wege häufig kräftigen Nachdruck verliehen, ebenso Nordamerika; völlig in demselben Sinne sprechen sich unsere Staatsrechts- und Völkerrechtslehrer, Bluntschli an der Spitze, aus. Im Allgemeinen steht ja die deutsche Nation in ihrer Entwicklung schon wegen ihrer Massenhaftigkeit, ganz abgesehen von allen übrigen Umständen, höher als die polnische, und — Herr v. Jajdewski möge es mir nicht verübeln — im Kampf ums Dasein der Nationen steigt die stärkere; das deutsche Element bringt, wenn sein Vordringen auch dann und wann eine stärkere Frühwelle auf der anderen Seite erzeugt, eben unaufhaltsam vor. Das alles aber kann an dem völkerrechtlichen Grundgesetz nichts ändern. Die Beweisführung, welche Herr v. Büttlamer an der Hand der Bevölkerungsverhältnisse des Reiches Straßburg antrat, war schon aus dem Grunde völlig verfehlt, weil die Zahl der polnischen Zugewanderten in den letzten Jahren größer war, als in den früheren, die Herr v. Büttlamer seiner Beweisführung zu Grunde legt. Die Reden des preussischen Kultusministers im Abgeordnetenhaus über die westpreussischen Schulverhältnisse lassen über den konfessionellen Charakter der Maßregel keinen Zweifel. Auch wir deutsche Katholiken kämpfen für das Deutschtum gegen das Polentum, aber für eine solche Kampfesweise, wie sie hier beliebt worden ist, bedanken wir uns. Der tiefste Kern dieser Maßregel, wie der Kulturkampf, Sozialisten- und Monopolgesetze ist: man will im Staate keine selbstständigen Gebilde dulden. Auch die sprachlichen Befürchtungen sind nur ein Vorwand. Dabei ist es interessant, daß in mehreren östpreussischen Orten die Ausweisungsmassregel zurückgenommen wurden, nachdem festgestellt worden, daß die Ehefrauen der Betroffenen evangelisch seien und daß die Kinder evangelisch erzogen würden. (Hört! hört! im Centrum.) Alles in Allem, die Ausweisungen sind weder vom konfessionellen, noch vom sprachlichen, noch vom nationalen Gesichtspunkte aus zu rechtfertigen. (Beifall im Centrum und bei den Polen.)

Abg. v. Hammerstein: Ich glaube nicht, daß der gestrige und heutige Tag zu einer Erhöhung des Ansehens des deutschen Reichstages beitragen werden. (Beifalliger Widerspruch links. Rufe: Im Gegentheil! Zustimmung rechts.) Herr Ricker hat es eine maßlose Annahme genannt, daß Herr von Helldorf gestern der Majorität im Hause den Vorwurf gemacht hat, die Geschäfte des Auslandes zu besorgen. Man kann diesen Ausdruck verschieden auffassen. (Widerspruch links.) Wenn er so verstanden ist, als habe Herr v. Helldorf sagen wollen, daß die Majorität mit dem Ausland konspirierte, so hat man sich geirrt. Ich bin überzeugt, daß Herr von Helldorf seinen Ausdruck nicht in diesem Sinne gethan hat. (Widerspruch links.) Der Ansicht bin allerdings auch ich, daß diese Verhandlungen im Ausland (Abg. Ricker: welches?) die Ueberzeugung hervorrufen werden, daß das Nationalitätsbewußtsein, das nach der Begründung des Reichs im Erstarken begriffen war, bereits wieder abnimmt. (Beifalliger Widerspruch links und im Centrum. Sehr richtig! rechts.) Ich will mich konkreter ausdrücken. Denken Sie sich den Fall, daß in Folge von Ausweisungen französischer Optanten aus dem Elsaß auch Frankreich seinerseits zu Ausweisungen geschritten und daß dann in der französischen Deputirtenkammer ein Abgeordneter aufgetreten wäre und eine Rede gehalten hätte, wie heute Herr Ricker. Man hätte denselben einfach von der Tribüne heruntergerufen. (Beifalliger Widerspruch und Widerspruch links.) Und nun sehen Sie auf die Vorgänge hier im Hause. Die Majorität, die uns gegenübersteht, ist ein Konglomerat von Parteien, die aus inneren Gründen nicht zusammengehören. Trotzdem konnte Herr Liebnicht im Namen derselben sprechen (Unruhe und Lachen links. Rufe: Sehr gut! rechts.) Es ist eine Majorität zu dem Zwecke, eine Preßion auf einen Einzelstaat auszuüben, welcher für die Integrität des Reiches eine Verwaltungsmassregel getroffen hat. Man hat sich hier, wohin die Angelegenheit nicht gehört (Auf links: Warum nicht?) zusammengefunden aus dem einfachen Grunde, weil im preussischen Landtage eine solche Majoritätsbildung nicht möglich ist. Nicht von allen

Parteien ist mit derselben Offenheit, wie von Herrn Liebnicht die Absicht eingestanden worden, daß man beabsichtigt, Verwaltungsmassregel Preußens durch eine Preßion Reiches rückgängig zu machen. Herr Liebnicht hat sich an internationalen Boden gestellt: erst Mensch, dann Pole. Ist die absolute Negation aller Nationalität. Er hat uns die Schweiz und Nordamerika hingewiesen; ich möchte aber doch raten, seine historischen Studien etwas mehr vertieft. In Nordamerika kann von einer nationalen nicht die Rede sein. Und ist das einmal der Fall, so man sich dort kurz, indem man den Widersacher tobt (Heiterkeit.) Der Abg. Möller hat gestern von Majorität gegen das liberale Judentum gesprochen, nebenbei ist ich kenne kein konservatives Judentum. (Abg. Ricker: rüder! Abg. Kayser: Schwabach!) Meines Wissens Herr v. Liebnicht nicht zur Konservation Partei; innerlich denkt, ist mir nicht bekannt. Sehr merkwürdig ist es, daß die Ausweisung eine Maßregel gegen die Polen sein sollen. Sie (im Centrum) setzen sich mit einer Hauptangabe in Widerspruch mit dem päpstlichen Dekret „Offertore Romano“, der die Maßregel einfach als gegen eingewanderten Juden gerichtet bezeichnet und die derselben dabei in scharfer Weise kennzeichnete. Ich stehe an, zu erklären, daß ich die Maßregel für eine durchaus same halte. (Hört! hört! links. Beifalliger Beifall rechts.)

Präsident v. Wedell: Piesdorf schlägt mit Rücksicht auf die Präsidentialwahl im preussischen Abgeordnetenhaus vor, die weitere Berathung bis 3 Uhr zu verschieben.

Abg. Kayser (Sozialdem.) erhebt als Abgeordneter eines nichtpreussischen Bundesstaats gegen eine Zweitages-Sitzung Widerspruch. Der Reichstag nehme auf den 1. und 2. März württembergischen und sächsischen Landtag auch Rücksicht. Er, Kayser, vertrete den Reichsgedanken gegen dem preussischen Partikularismus.

Abg. Windthorst bittet, über den Vorschlag des Präsidenten abstimmen zu lassen, sich eine Widerlegung für eine andere Gelegenheit vorbehalten.

Das Haus tritt mit großer Majorität dem Vorschlag des Präsidenten bei.

Um 3 Uhr wird die Verhandlung fortgesetzt.

Abg. Bayer (Volkspart.): Die Volkspartei will den schärfsten der vorliegenden Anträge stimmen, und gerade deshalb, weil er am schärfsten formulirt ist. Wir sind ja in der Sache überhaupt nichts weiter thun, als zu und müssen unsere warnende Stimme um so deutlicher kräftiger erschallen lassen, als die verbündeten Regierungen durch das Verbleiben ihrer Vertreter beweisen, diese Stimme nicht hören wollen. Damit ist jedoch nicht gesagt, daß der Antrag Liebnicht uns in jeder Einzelheit und vollständig entspricht. Was unsere Kompetenz betrifft, berechtigt Art. 4 der Reichsverfassung das Reich, nicht die Fremdenpolizei und oerwandte Materien gesetzgebend zu behandeln, sondern erstellt dem Reiche auch das Aufsichtsrecht über diese Materien, und sobald es davon Gebrauch machen will, ist jeder einzelne Bundesstaat, mag er klein sein, fügen. Ausgüß kann dieses Recht aber nicht werden durch gemeinsame Thätigkeit der verbündeten Regierungen und des Reichstages, sondern der Reichstag auch für sich durch seine Beschlüsse zu dieser Thätigkeit beitragen, ebenso wie er Gesesentwürfe einbringen kann, mit denen er auf den guten Willen der Reichsregierung anzuweisen ist. Wann? Baden, Württemberg ohne Verständigung mit den übrigen Reichsgesetzgebung den Versuch machte, alle englischen amerikanischen Staatsangehörigen aus seinem Gebiet zu weisen — Hand aufs Herz, Herr v. Hammerstein, wußten Sie, daß der Reichstag allein darüber ein Urtheil sprechen, daß die Reichsregierung, wenn sie will, sofort eintreten lassen kann? Das wird Niemand ernstlich streiten. Einige Sach hat es mir bereitet, daß Herr v. Helldorf auch die Volkspartei unter die Unthätigen gerechnet, die sonst unter dem ungerechten Vorwurf des Partikularismus leiden muß. Die Ausweisungen finden statt auf Grund von Berathungen mit Rußland, in dessen Ostpreußen-Deutschlum im Todeskampf liegt, und mit Oesterreich, welchem es für seine Existenz auf Leben und Tod anhangt. Wer mit dieser Maßregel die deutsche Nationalität zu vertheidigen glaubt, der kann sie sich überhaupt nur in dem engen Rahmen des Deutschen Reiches denken. Wer vor Jahren von Fremden eine Gefahr für unser Deutschtum befürchtete, der wäre verhöhnt worden. Liegt denn nicht mehr in unserem nationalen Leben, als daß es nur mit der Polizei im Reich ausrecht erhalten werden kann? Angegebenen Gründe erklären die Ausweisungen weder der Schutz unserer Nationalität, noch die Erhaltung der Ordnung, noch der Kulturkampf. leicht stößt man auf den wahren Grund, wenn man auffallenden Thatfachen erinnert, daß die Ausweisungen zeitlich zusammenfällt mit dem Abbruch des russischen Lieferungsvertrages durch die verschiedenen deutschen Staaten, daß beide Maßregeln sich im Verhältnis zu bewegen, daß diese Ausweisungen und Abschiebungen und herüber vorzugsweise nach Rußland stattfinden, sich da nicht der Verdacht auf, daß jene Maßregel, die noch nicht begreifen, nur ein Glied in einer Kette von Regeln ist, deren Verständnis uns vielleicht die Zukunft deutlich bringen kann, wenn erst die anderen Maßregeln deutlich zu Tage getreten sind. (Hört! links.) Willen Sie die Kaiser-Jubiläumskünfte nicht bloß die Segnungen des Friedens, sondern eine neue Ordnung der Dinge, der beiden Etappen uns vorliegen. Mögen diese Beschlüsse grundlos sein! Möge unser Ruhm nicht bloß mit Worten, sondern tatsächlich an der Spitze aller auf Zivilisation und Humanität gerichteten Bestrebungen zu stehen, die erworbenen gute Ruf nicht verloren gehen! (Beifall links im Centrum.)

Abg. Junggreen (Däne): Ich gehöre auch der Volkspartei an, der durch die Ereignisse der letzten Tage eine ähnliche Lage verfehlt ist wie die Polen. Auch von Ausweisungen betroffen worden, die mit gleicher Ausdehnung sind, wie jetzt die Ausweisungen in den Provinzen. Es ist daher begreiflich, daß ich den Wunsch meiner Unterthänigkeit leihe, um sie wieder in den Rechte zu versetzen, die ihnen seitlich in den Wahlen übertragen verdirgt sind.

Abg. Langwerth v. Simeren erklärt, daß die Beschlüsse der Westpreußen keine jemals an das Polentum gehen, seiner Ansicht nach nicht begründet ist. falls wird er niemals gewaltsame Maßregeln zur Erhaltung des Deutschtums gut heißen, nachdem er erfahren, was es heißt, die frühere Selbstständigkeit einzufahren, was es heißt, die frühere Selbstständigkeit einzufahren, was es heißt, die frühere Selbstständigkeit einzufahren.

Abg. Böcher (Nat.): Ich will nur ein Wort den heute von Herrn Bayer und von Herrn Liebnicht den Geschäftsordnungsdebatte, noch viel schärfer von Richter ge en uns erhobenen Vorwurf zurückweisen. wir in dieser Angelegenheit einen partikularistischen Punkt vertreten. (Sehr richtig! links.) Herr Liebnicht, sogar noch weiter gegangen, zu erklären, daß wir mit dem Reichskanzler stimmten. Darauf sage ich, daß uns jedes Mal freuen und stolz darauf sind, wenn dem Reichskanzler in einer Frage denselben Standpunkt vertreten. (Lachen, links.) Erst im preussischen Landtage eine Darstellung der Angelegenheit gegeben werden, ist meines Wissens bis jetzt nicht geschehen. Daß das Element in den östlichen Provinzen im Wachen ist, geordnet von Jajdewski nicht widerlegen können. die preussische Regierung wirklich seit Jahrzehnten ihre

vernachlässigt mehr ihr national wenn da müssen. (Großer Vertreter sag stellt weithin Stellung artige demokratisch den sie. Windthorst die prä ist eben Windthorst deden. Unerklärte Partei. Ihr Ueberzeugung lins: daß Sie können. Abg. halten i besser spr wie diese theidigt, man weit weit in mein freuen; Männer werth; v. Hammer der Maß leben in offiziösen reicht. d legen, d Was hat dem Kon National auch noch Geheimnis und wen kommen. Hammer das Bra Konsta wa Inedg ge Monopol für das Schnaps seit.) D ist höchst bracht w liberaler, noch un Maßregel land, das schärferen wird, d geben; a verhalten machen. Abg. billigen; wie solch nichtend Polengef um einen bei der J Abg. sonst ja daß ich zu wichtig, oder zwei Seiten a Ruße zu von dem ob wir d verbündet Debatte Sonne d Die Herr Ausflurur zu sagen weis er r Sache zu Antwort sollten und Logik kann. (A eine tief ganz De offiziellen entspricht für die Nation u Meinung wenig mi denn ein ber, die sagen: sich hier (Heiterkeit waren, k wir stant selbst in Fähigkeit nach ein erregen. unter v denn ve langler die Kräfte und als geben, h sein und wo-past! I giebt es; zu können umschlage wieder da kommen, langler de der Reich Heiterkeit an diese den er da zuholen.

Lokales.

Von der Kaiserl. Ober-Post-Direktion ist, wie ein Berichterstatter schreibt, in Folge zu vier Angriffe auf Geldbriefträger in Dresden für Berlin der Befehl erteilt worden, daß die Geldbriefträger den Chambregarnisten nur in Gegenwart des Vermieters ihre Geld-Beiträge oder Sendungen abliefern dürfen. Ist der Vermietter nicht anwesend, so soll der betreffende Hauswirth zugezogen werden.

Ueber Hilfestellungen bei Unglücksfällen auf dem Eise geben dem „Wasserpost“ verschiedene Mittheilungen aus der Praxis zu. Das Wichtigste, aber auch Schwerste ist, angefaßt eines Unglücksfalles die Ruhe zu bewahren. Will man sich einem Eingebrochenen nähern, so darf dies nur durch Vorwärtsschieben auf dem Buche geschehen. Ein sehr einfaches Hilfsmittel hat Herr Maler Hartung praktisch erprobt, ein 10 Meter langes Stück starker Schnur (dünne Gondelleine); selbst mit einem in der Eile daran gebundenen Schlittschuh kann man einem Eingebrochenen helfen. Wo eine Leiter zur Hand ist, thut dieselbe gute Dienste, indem man dieselbe über die Einbruchsstelle schiebt. Für das Zuwerfen eignet sich ein Tau mit einem schwimmenden Körper an seinem Ende. Amtsvorsteher Sieck in Stralow hat ein leichtes Boot auf einem Schlitten bereit stehen. Mit Rillen fährt man in demselben der Einbruchsstelle zu; bricht das Eis, so schwimmt das Boot. Die Hauptsache aber bleibt, daß die Umwohner des Wassers, namentlich die Restauranten, welche bei Eisbahn ein brillantes Geschäft machen, irgend welche, und wenn noch so einfache Rettungs-Apparate am Ufer bereit halten.

Zur Warnung vor einer Schwindlerin wird folgendes berichtet: Bei zwei in der Bergstraße wohnhaften Frauen erkrankte kurz vor Weihnachten v. J. eine etwa 20 Jahre alte unbekanntere Frauensperson und bot, angeblich im Auftrage einer als Vorstands-dame eines wohlthätigen Vereins für die China-Rission bezeichneten Lehrerin, Loose zu einer von diesem Verein veranstalteten Lotterie zum Preise von 25 Pf. per Stück zum Kauf an, setzte auch 5 Stück davon ab. Die Hebung sollte am Weihnacht-Abend im Restaurant Eiseller stattfinden und versprach die Verkäuferin, die auf die Loose entfallenden Gewinne am 27. Dezember v. J. selbst zu überbringen. Dies geschah nicht, weshalb die eine Loosnehmerin nähere Recherchen nach der Verkäuferin anstellte, welche ergaben, daß sie einer Betrügerin in die Hände gefallen war. Letztere ist von mittlerer Größe, hat blondes Haar und blaugraue Augen.

Bei einer der Kriminalpolizei als Schler längst bekannten Person wurden nachstehende Kleidungsstücke in Beschlag genommen: ein schwarzes blauesidenes Rippskleid mit weißen Spitzen besetzt, ein Damen-Morgenkleid von perlgrauem Seiden-Rips mit dunkelblauem Sammetbesatz und Knöpfen und eine Damenweste von goldbraunem Sammet mit braunem Seidensutter und braunen Knöpfen. Da der betreffende Schler bereits vor Jahren in eine Untersuchung verwickelt gewesen, so ist es wahrcheinlich, daß die vorangeführten Sachen aus dem damals verübten Diebstahle herrühren. Die unbekannteren Eigentümer wollen sich zur Beschätzung der Kleidungsstücke bei der Kriminalpolizei, Zimmer Nr. 77, melden.

Ueberzeugung macht wahr. Zu dem Schlichter D. in Steglitz kam vor einigen Tagen eine Beamtenfrau, um Rindfleisch zu kaufen; nachdem sie den Preis bemängelt, aber handelseins mit D. wurde, ließ sie sich ein Stück von der Keule abschlagen, beanstandete jedoch nun das Fleisch, weil es „radde-richt“ sei. Der Fleischer griff nun zu einem drastischen Mittel, um die Dame von der Güte des Fleisches zu überzeugen, er nahm den Rest der Keule und schlug ihr damit um die Ohren, daß ihr Hören und Sehen verging, und sie besinnungslos zur Erde stürzte, außerdem wurde ihr durch den scharfen Knochen die Haut aufgerispt, so daß ihr das Blut das Gesicht überlief. Das kann dem beifälligen Herrn thuer zu stehen kommen.

Eine Explosion, welche die lebensgefährliche Verletzung einer und die leichtere Verwundung von drei Personen zur Folge hatte, ereignete sich gestern Vormittag in der chemischen Fabrik von Ruhheim in Nieder-Schönweide. Auf bisher un-aufgeklärte Weise war ein Dampfrohr an einem der dort befindlichen Kessel geplatzt, und sind dabei vier Arbeiter verunglückt. Die aus Kyzdorf requirirten Ärzte leisteten die erste ärztliche Hilfe.

Dem Jahresbericht des Märkischen Zentral-Sängerbundes entnehmen wir folgendes: „Mit dem Jahre 1885 beendete der Bund das 25. Jahr seines Bestehens. Das in Brandenburg a. d. S. abgehaltene Gesangsfest fand unter großer Theilnahme der Sänger statt und kann als eines der bestgelungensten Feste bezeichnet werden. Ein Wohlthätigkeitskonzert im Ausstellungsbau zum Besten der Berliner Sanitätswachen ergab einen Reinertrag von 1265 M. Der Märkische Zentral-Sängerbund besteht zur Zeit aus 74 Männer Gesangsvereinen. Die musikalische Leitung liegt in den bewährten Händen des Direktors Bild. Handberg. Der Bund hat unter der Leitung dieses entschiedenen begabten Dirigenten schon große Erfolge errungen und ist derselbe in der letzten General-Versammlung einstimmig wiedergewählt worden. Die Direktion des Bundes, an deren Spitze die thätigsten Herren Vorige und Böcker stehen, arbeitet treudig und mit Erfolg.“

Vereine und Versammlungen.

th. Eine Versammlung der Mäntelnäherinnen tagte am 15. d. M. in der „Urania“. Frau Buge betonte in ihrem Referate, daß durch eine Aufbesserung der Arbeitslöhne und ein Festhalten an dem Weith der Arbeit den Meistern ebenso, wie den Näherinnen ihre Existenz gesichert würde. Durch ein gemeinsames Vorgehen der realen Meister und Arbeiterinnen würde den Schuldkonkurrenten ein Damm entgegengesetzt, mit dem diese zu rechnen hätten, da ihnen sonst die Arbeitskräfte entzogen und diese anderweitig untergebracht werden würden. Die Arbeiterinnen seien einig; der Verein und die öffentliche Meinung siehe ihnen zur Seite. Allen ungeliebten Arbeiterinnen legte sie dringend ans Herz, nicht bei schlecht zahlenden Arbeitgebern zu arbeiten, sondern sich an den Vorstand des Vereins zu wenden, welcher dafür Sorge tragen werde, daß dieselben Arbeitsgelegenheit erhalten, wo ihnen ein auskömmlicher Verdienst sicher ist. Herr Günther begrüßte die Arbeiterinnenbewegung aufs herzlichste. Vor allem sollten aber die Näherinnen auf ihre eigene Kraft vertrauen und nicht mit den Meistern direkt zusammen arbeiten wollen, da Beider Interessen zu verschieden seien. Die Meister seien in erster Linie an den vorhandenen Mißständen schuld. Sie hätten sich zu viel von den Kaufleuten gefallen lassen und würden oft schlechter behandelt, als Diensthöten. Die Arbeiterinnen sollten nicht, daß ihre Frauen und Töchter wie Dirnen behandelt werden und würden jederzeit hinter ihnen stehen, wenn etwas passiren sollte. Das schwarze Buch hielt er für überflüssig und unzureichend, ebenso, gegen die Schuldlohn anzuwachsen, damit würden die Arbeiterinnen bis zum jüngsten Tage nicht fertig werden. Die Meister müßten feste Preise unter sich haben, ebenso keine Näherin bei einem Meister arbeiten, der unter dem Tarif arbeite. Wenn die Meister nicht energisch vorgehen, würden sie schließlich gänzlich bei Seite geschoben werden. Herr Zinnungsmeister Rich. bestritt, daß die Arbeitgeber über die ausgebrochenen Mißstände und die Arbeiterinnen gebühert hätten. Auch lasse sich kein arbeitsfähiger Meister von den Kaufleuten schlecht behandeln. Vor Allem sei die Schuldkonkurrenz aus der Welt zu schaffen. Die guten Arbeiterinnen seien bei den Meistern hoch angesehen, nur die schlechten arbeiteten für Schuldlohn. Er könne noch tausend gute Arbeiterinnen unterbringen. (Diese Versicherung hatte zur Folge, daß sich sofort eine große Anzahl Näherinnen meldeten.)

daß der Reichskanzler dem Reichstag, was der letztere ihm auch empfehlen mag, ein Schnippen schlagen wird. (Auf: Budgetverweigerung!) Aber der Reichstag soll sich dadurch nicht beirren lassen, auszusprechen, daß Recht und Gerechtigkeit im Deutschen Reich auch in Zukunft herrschen müssen, daß wir nicht in die Gefahr kommen, daß schließlich der Begriff Nationalität noch mit dem der Brutalität verwechselt werde. Wenn der Reichstag die Probe darauf, diese Wahrheit aus der Seele des deutschen Volkes auszusprechen, heute nicht mehr bestehen kann, dann ist er nicht werth, zu bestehen. (Anhaltender Beifall links.)

Damit schließt die Diskussion. Als Antragsteller für den sozialdemokratischen Antrag erhält nach 6 Uhr das Wort der Abg. Singer (Soziald.), der bei der großen im Hause herrschenden Unruhe auf der Tribüne nur schwer verständlich ist. Er führt aus, daß es seiner Partei nicht darauf angekommen sei, ein platonisches Bedauern über die Ausweisung auszusprechen; vielmehr habe dieselbe beabsichtigt, lauten Protest gegen jene grausame Maßregel einzulegen. Wenn die Frage der Beseitigung des Sozialistengesetzes zur Verhandlung kommt, wird sich hoffentlich eine gleiche Majorität für die Sache der Unterdrückten finden. Das Verlangen des Reichskanzlers, die Sache im Abgeordnetenhause zu verhandeln, ist begreiflich; er fühlt sich dort der Majorität sicher. Charakteristisch ist, daß Herr v. Hammerstein versucht hat, auch diese Frage der Humanität auf den Antisemitismus hinaus zu spielen. Das hat selbst Herr Stöcker nicht unternommen. Es ist übrigens wunderbar, daß die Herren so wenig von den Juden wissen wollen. Sie haben doch nichts dagegen gehabt, daß Juden zu dem für den Fürsten Bismarck bestimmten Nationalgeschenke beigezeichnet haben, ja man erzählt sogar, daß die gegen einen Juden verhängte Ausweisung zurückgenommen sei, nachdem bekannt geworden, daß er sich an der Bismarckspende betheiligt habe. (Auf links: Pfui!) Herr Marquardsen hat gesagt, diese Verhandlungen würden den Widerwillen des Auslandes gegen uns erwecken. Das besorgt schon der Reichskanzler und die ihm verbündeten Parteien zur Genüge. Die von der preussischen Regierung verhängten Maßregeln sind ein barbarischer Akt. (Der Präsident ruft den Redner, weil er direkt die Maßregel einer Regierung barbarisch genannt, zur Ordnung u. a. g.) Der Vorwurf des Abg. Marquardsen, wir besorgten die Geschäfte des Auslandes, ist vollkommen ungerechtfertigt, denn unser Antrag ist doch einzig und allein im Interesse unseres Vaterlandes gestellt. Daß man der Polonisation entgegenarbeiten will, ist ein ganz leerer Vorwand, denn man weiß ja auch Rinder anderer Nationen aus, wie kürzlich erst den norwegischen Schriftsteller, der noch dazu ein glühender Bewunderer des Reichskanzlers ist. Sie werfen uns Mangel an Patriotismus vor; in blindem Gehorsam vor dem Kommando eines mächtigen Mannes befehlt er nicht, sondern darin, daß man die Kultur des Vaterlandes fördert und Schäden beseitigt. Ich bitte Sie nochmals, nehmen Sie unsern Antrag an und sprechen Sie Ihr Urtheil über dieses Verthun der Ehre der preussischen Regierung. (Oh! rechts Aufse: „Zur Ordnung“. Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident v. Ledebur: Ich rufe den Herrn Abgeordneten zum zweiten Male zur Ordnung, und bemerke, daß er, wie mir mitgetheilt worden ist, den Ausdruck „Rohheit und Barbarei“ schon einmal gebraucht hat. Ich habe denselben bei der herrschenden Unruhe nicht gehört und auch noch nicht das Stenogramm der betreffenden Stelle erlangen können. Sollte er den Ausdruck in Bezug auf ein Mitglied des Hauses gebraucht haben, so würde ich Veranlassung gehabt haben, ihn nochmals zur Ordnung zu rufen. (Beifall rechts.)

Für den Antrag der Polen plaidirt noch der Abg. Ragajinski in einem kurzen Schlußwort; für den Antrag Ausfeld u. Gen. wird das Schlußwort nicht begehrt.

In der Abstimmung werden der sozialdemokratische Antrag gegen die Stimmen der Sozialdemokraten, der Volkspartei und der Polen, der Antrag Ausfeld gegen die Stimmen derselben Parteien und der freisinnigen Partei abgelehnt, der Antrag Windthorst gegen die Stimmen der beiden Parteien der Rechten und der Nationalliberalen angenommen.

Der Antrag Jagzewski wird gegen die Stimmen der Polen, der Volkspartei und der Sozialdemokraten abgelehnt.

Kurz nach 6 1/2 Uhr vertagt sich das Haus bis Montag 1 Uhr. (Postet.)

Abgeordnetenhause.

2. Sitzung vom 16. Januar, 2 Uhr.

Am Regierungstische v. Scholz und Kommissarien. Das Haus ist fast bis auf den letzten Platz gefüllt. Alterspräsident, Abg. v. Lessing theilt zunächst mit, daß bereits 406 Mitglieder in das Haus eingetreten sind, daß die Absichtungen sich konstituirten haben und daß bereits mehr als 217 Wahlen von denselben geprüft und für gültig erklärt worden sind.

Auf der Tagesordnung steht die Wahl des Präsidiums und der Schriftführer.

Abg. Stengel: Es wird dem Hause sehr erwünscht sein, das lästige Wahlgeschäft so schnell als möglich zu erledigen. Ich beantrage zunächst, zum ersten Präsidenten Herrn v. Köller durch Affirmation zu wählen.

Ein Widerspruch aus dem Hause gegen den vorgeschlagenen Wahlmodus und gegen die vorgeschlagene Persönlichkeit erhebt sich nicht; Abg. v. Köller ist demnach zum Präsidenten gewählt.

Zum ersten Vizepräsidenten wird auf Antrag des Abg. Stengel der Abg. Frhr. v. Heeremann ebenfalls durch Affirmation gewählt.

Zum zweiten Vizepräsidenten wird durch den Abg. Stengel der Abg. v. Benda vorgeschlagen. Das Haus vollzieht auch diese Wahl durch Affirmation, Abg. v. Benda ist demnach gewählt.

Zu Schriftführern werden, ebenfalls auf Antrag des Abg. Stengel, durch Affirmation gewählt Bohy, v. Detten, Imwalle, Dr. Ribhoff, v. Quast, Schmidt (Sagan), Popelius, Worgewski.

Der Präsident erucht das Haus, dem Alterspräsidenten v. Lessing den Dank für die geleistete Mühe durch Erheben von den Sigen zu bezeigen, welchem das Haus einmüthig Folge leistet, und ernannt zu Quästoren die Abgg. v. Liebermann und Franke.

Darauf ergreift das Wort

Finanzminister Dr. v. Scholz: Durch allerhöchste Erlasse vom 30. v. M. und 3. und 11. d. Mts. bin ich ermächtigt, dem Landtage der Monarchie zur verfassungsmäßigen Beschlußnahme vorzulegen: 1. die allgemeine Rechnung über den Staatshaushalt des Jahres vom 1. April 1882/83, 2. die Uebersicht von den Staatseinnahmen und Ausgaben des Jahres vom 1. April 1884/85 und 3. zwei Gesetzentwürfe, betreffend die Feststellung des Staatshaushaltelats für das Jahr vom 1. April 1886/87 und betreffend die Ergänzung der Einnahmen in diesem Etat. Ich beehre mich, Herr Präsident, die gedachten allerhöchsten Ermächtigungen nebst den dazu gehörigen Vorlagen zu überreichen; ich bitte zugleich um die Erlaubniß, einige orientirende Bemerkungen zu diesen Vorlagen gleich heute machen zu dürfen.

Nach einer längeren Rede des Finanzministers wird auf Vorschlag des Präsidenten die nächste Plenarsitzung auf Donnerstag angesetzt. Die Wahl der Sachkommissionen soll noch heute erfolgen.

Schluß 3/4 Uhr. Nächste Sitzung Donnerstag 11 Uhr. (Erste Berathung des Etats.)

vernachlässigt hat, wie Abg. Ricker meinte, so ist es um so mehr ihre Pflicht, jetzt, wo sie endlich einsteht, daß große nationale Interessen auf dem Spiele stehen, vorzugehen, und wenn dabei so schwere und scharfe Mittel angewandt werden müssen, ja, du lieber Gott, so läßt sich das eben nicht ändern. (Großer Beifall.) Daß die große Mehrzahl der deutschen Volksvertretung in einer national-politischen Frage sich in Gegensatz stellt zum Fürsten Bismarck; das ist es, was das Ausland weit hin in Erstaunen setzt, ja, was auch für unsere Weltstellung ernste Folgen haben kann. Ich begreife ja eine derartige Stellung von der polnischen Fraktion, von den Sozialdemokraten und auch vom Centrum (aha! links), nicht weil ich den Patriotismus des Centrum irgendwie in Zweifel ziehe. Ich bin von dem Patriotismus des Abgeordneten Windthorst so genau überzeugt wie von meinem eigenen. Aber die praktisch-politische Ausgestaltung dieses Patriotismus ist eben bei uns eine verschiedene. Das Reichsideal des Herrn Windthorst möchte sich vielleicht mit dem des Herrn Vorredners decken. Die Stellung dieser Parteien also ist mir erklärlich. Unerklärlich aber ist mir die Stellung der deutschfreisinnigen Partei. Ich bedauere dies sehr. (Abg. Ricker: Wir brauchen Ihr Bedauern nicht!) Wenn ich irgend etwas auf Ihre Entscheidung vermöchte, so würde ich Sie beschwören (Gelächter), diesen Standpunkt aufzugeben. Im Uebrigen habe ich die Ueberzeugung, der heutige Tag wird eine verhängnisvolle Bedeutung haben für unsere parlamentarische Geschichte. (Rufe links: Für die Nationalliberalen!) Man wird es bedauern, daß Sie aus Parteirücksichten einen solchen Schritt haben thun können. (Lebhafter Beifall rechts, Rufen links.)

Abg. Windthorst (Centrum): Nach meinem Dafürhalten konnte nichts für den von uns formulirten Beschluß besser sprechen, als die Rede des Abg. Böttcher. Wenn man, wie dieser Herr, mit nationalen Gründen eine Maßregel vertheidigt, die gegen jedes menschliche Gefühl verstößt, dann ist man weit gekommen. Die Freisinnigen ferner sind leider sehr weit davon entfernt, mir Folge zu leisten; wenn die Herren in meiner Gefolgschaft wären, so würde ich mich sehr freuen; es ist ja eine große Schaar tüchtiger Männer darunter; und alle die Herren sind ehrenwerth; aber die Unterschiede zwischen uns sind zu groß. Herr v. Hammerstein schreite und damit, daß Viebsrecht als Führer der Majorität gesprochen hat; wir werden diese Sätze variirt sehen in der „Nationalzeitung“, ebenso in der Konservationen und offiziellen Presse, soweit dabei der Einfluß unserer Diplomatie reicht. Herr v. Hammerstein wollte uns vielleicht damit oerlegen, daß er sagte, die Majorität wäre ein Konglomerat. Was hat denn Herr v. Hammerstein für Empfindungen bei dem Konglomerat der Deutsch- und Freikonservationen und der Nationalliberalen? Die Farben in diesen Fraktionen stehen auch noch sehr von einander ab. (Widerspruch rechts.) Die Geheimnisse Ihrer Fraktionen sind mir sehr wohl bekannt; und wenn die Herren mich provoziren, dann wird's herauskommen. (Große Heiterkeit.) Uebrigens wird sich Herr von Hammerstein sehr freuen, wenn sich die Sozialdemokraten für das Branntweinmonopol erklären werden (Heiterkeit), und die Konservationen werden dann der Führerschaft des Abg. Viebsrecht gern folgen. Ich meinerseits will mich nicht gegen das Monopol erklären; denn ich weiß nicht, ob ich nicht, wenn ich für dasselbe stimme, noch einmal kaiserlich-königlicher Schenaps-Oberschenk werden könnte. (Stürmische Heiterkeit.) Das, was man gegen die Polen vorgebracht hat, ist höchstens noch in Nordamerika gegen die Indianer vorgebracht worden; und diesen Standpunkt vertheidigt ein Nationalliberaler, ein „Liberaler!“ Es fragt sich in der That, ob man noch unter den zivilisirten Nationen steht, wenn man solche Maßregeln trifft! Sind wir schon so weit gekommen in Deutschland, daß wieder, wie in Rom zu Tacitus Zeit, jedes Wort scharfer Klages als ungehörig, ja als revolutionär angesehen wird, dann mögen wir unser Haupt verthüllen und nach Hause gehen; aber hier im Reichstage nicht sprechen, hier das Haupt verthüllen und schweigen, hiesje sich lächerlich und verächtlich machen. (Beifall im Centrum.)

Abg. Simonis (Lisauer) kann die Ausweisungen nicht billigen; er bedauert sie, weil er aus eigener Erfahrung weiß, wie solche Maßregeln in das Familienleben störend und vernichtend eingreifen. Ueber die Befürchtungen bezüglich der Polengefahr könnten die Elsäßer nur lachen. Es handele sich um einen Mißbrauch der Gewalt; Schutz sollten die Schwachen bei der Regierung finden, nicht eine solche Behandlung.

Abg. Bamberg (deutsch-freis.): Ich verzichte auf die sonst so übliche capitatio benevolentias, mich zu entschuldigen, daß ich zu so später Stunde noch spreche, aber ich finde die Debatte so wichtig, daß wir wohl gegen unsere Verpflichtung noch eine oder zwei Stunden beisammen bleiben, um diese jetzt von allen Seiten als außerordentlich wichtig anerkannte Debatte mit aller Ruhe zu Ende zu führen. Die Debatte zeigt, daß wir nicht von dem Belieben der verbündeten Regierungen abhängig sind, ob wir die Debatte führen wollen oder nicht. Wollen uns die verbündeten Regierungen mit dem Rücken ehren, nun gut; die Debatte zeigt, daß der Reichstag, auch wenn er nicht von der Sonne der Regierung beschienen ist, noch eine Bedeutung hat. Die Herren sagen immer, daß wir im preussischen Landtag Aufklärung erhalten werden. Ja, wenn Jemand etwas Gutes zu sagen hat, so sagt er es bald, und wenn er nichts sagt, so weiß er nichts zu sagen. Sind wir berechtigt, uns mit der Sache zu befassen, dann ist die Regierung verpflichtet, uns Antwort zu geben. Wenn sie dieses Recht leugnet, dann sollten wir uns schweigend davon trollen? Das ist Justiz und Logik, die bloß ein nationalliberaler Gehirn verstehen kann. (Beifall links.) Ich empfinde über diese Verhandlungen eine tiefe Freude. Sie werden lustreiner wirken für ganz Deutschland, sie werden zeigen, daß nicht Alles, was die offiziellen Stimmen sagen, der Bestimmung des deutschen Volkes entspricht. Wir haben größere Pflichten, als Partei zu nehmen für die Regierung; denn die Bestimmungen wechseln, aber die Nation ist ewig. (Beifall links.) Es besteht nun einmal die Meinung, daß man bei einem großen Staatsmann überall so wenig menschliche Regungen vorfinden dürfe; und so laufen denn eine Anzahl von „kleinen Bismardern“ (Heiterkeit) umher, die alle stolz darauf sind, auf den Tisch zu schlagen und zu sagen: „Was Varnbergszeit, was Menschlichkeit; es handelt sich hier um eine große nationale Sache; schlägt ihn tot!“ (Heiterkeit.) Die Frage, ob die Ausweisungen gerechtfertigt waren, beantworten wir mit unweidutigem Nein! Gerade wir standen und stehen zu den Polen im schärfsten Gegensatz, selbst in den wirthschaftlichen Fragen. Andererseits kann die Fähigkeit des Festhaltens dieser Nation an ihren Sitten noch nach einem Jahrhundert bei den deutsch-n Patriotischen Reich erregen. Die Nationalliberalen thun heute so entrüstet über unser Zusammengehen mit dem Centrum, haben sie denn vergessen, daß vor 5 oder 6 Jahren der Reichskanzler die nationalliberale Partei dem Centrum vor die Füße warf, um mit letzterem ein Bündniß zu schließen? Und als sie ihn anstehen, doch im Kulturkampf nicht nachzugeben, hat er ihnen da nicht zugerufen? Weide ich ein Narr sein und bei meiner Meinung bleiben, wenn es mir nicht mehr paßt! Jetzt werden Sie wieder ein bißchen vorgezogen, jetzt giebt es wieder ein bißchen Kulturkampf, weil man Sie brauchen zu können hofft für andere Zwecke — morgen kann das wieder umschlagen, dann sind Sie wieder böse und das Centrum wieder das liebe Kind. (Heiterkeit.) Die Zeiten können wieder kommen, wo dem Abg. Windthorst auf der Soirée beim Reichskanzler der Rockärmel mit Hunsch übergerissen wurde, den dann der Reichskanzler selbst mit der Serviette abwuschte. (Große Heiterkeit.) Willen Sie die Rede des Abg. Windthorst zum Andenken an diese merkwürdige Begebenheit den Frack noch aufbewahren, den er damals trug, um ihn für künftige Fälle wieder hervorzuholen. (Erneute Heiterkeit.) Wir wissen auch ganz gut,

Der Weg, den die Röhren jetzt eingeschlagen hätten, sei lobenswerth. Er schlage vor, daß sich der Vorstand des Vereins mit fünf Meistern verbinde, dadurch würden sie mit den vernünftigen Meistern die Schuldenturmen bekämpfen können. Frau Hüge und Frau Krankemann bekräftigten diesen Vorschlag und beschloß die Versammlung auch, demselben Folge zu geben und versuchsweise vier Meister aus der Innungskommission zu wählen, und wurden die Herren Schmidt, Volkman, Girschfeld und Arch in Aussicht genommen. Eine für eine franke Röhren veranstaltete Zellerfassung ergab die Summe von 730 M.

Eine große Kommunalwähler-Versammlung für ganz Berlin findet heute Vormittag 10 Uhr in Keller's Salon, Andreadstraße 21 statt. Tagesordnung: Rechenschaftsbericht. Niederlegung der Mandate der Arbeiter Wahl-Komitee-Mitglieder. Zu dieser Versammlung sind sämtliche Stadtverordnete der Arbeiterpartei eingeladen.

Fachverein sämtlicher im Drechsler-Gewerk beschäftigten Gewerksgeoffen. Generalversammlung Montag, den 18. Januar, Abends präzis 8 1/2 Uhr, in den Aminhallen, Kommandantenstr. 20. Tagesordnung: 1. Jahresbericht des Vorstandes. 2. Kassensbericht. 3. Wahl des Vorstandes. 4. Verschiedenes und Fragelasten. — Aufnahme neuer Mitglieder.

Unterstützungsverein deutscher Schuhmacher. Montag, den 18. d. M., präzis 9 Uhr: Wanderversammlung im Viktorialaal, Brunnenstr. 145. Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Verschiedenes. Statuten- und Leitungsbuchausgabe. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Arbeiter-Bezirksverein der Oranienburger Vorstadt und des Wedding. Montag, den 18. Januar, Abends 8 Uhr, Versammlung im Wedding-Bar, Müllerstraße 178.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Christensen über: „Die gegenwärtige Lage“. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. 4. Fragelasten. — Gäste sind willkommen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.

Louisenstädtischer Bezirksverein „Vorwärts“. Dienstag, den 19. d. M., Abends 8 1/2 Uhr, Generalversammlung bei Marquardt, Alexander in Straße 110. Tages-Ordnung: 1. Jahresbericht. 2. Wahl des Vorstandes und der Revisoren. 3. Verschiedenes und Fragelasten. — Gäste, welche sich als Mitglieder aufnehmen lassen, haben Zutritt.

Öffentliche Versammlung der Steinbruder und Lithographen, heute, Vormittags 10 1/2 Uhr, im Königsstädtischen Kasino, Holzmarktstr. 72. (Nicht im Palmensaal, wie irrtümlich bekannt gemacht worden).

Männergesangsverein „Schneeglöckchen“. Jeden Montag, Abends von 9—11 Uhr, Übungsstunde im Restaurant Raunynstr. 78.

Bauanschläger Berlin und Umgegend. Große Versammlung Montag, den 18. Jan., Abends 8 Uhr, in Scheffers Salon, Inselstr. 10. Tagesordnung: 1. Die Volkswirtschaftslehre und unsere gegenwärtigen Erwerbsverhältnisse. Referent Herr Michaelis. 2. Diskussion. 3. Wahl der Revisoren.

Volkerversammlung für Weissensee und Umgegend am Sonntag, den 17. Jan., Vorm. 11 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Unglaube, „Salon Kaiser Wilhelm“, Königs-Chaussee 49. Tages-Ordnung: Das Arbeiterschutzgesetz. Referent Reichstagsabgeordneter Herr Frohme.

Große öffentliche Versammlung sämtlicher Metz- und Arbeiter, als Schlosser, Maschinenbauer, Dreher, Gürtler, Klempner, Formner, Schleifer, Drücker, Gießer, Hobler, Stoßer, Schmiede, Schnitlarbeiter, sowie sämtlicher Hilfsarbeiter, am Sonntag, den 17. d. M., Vorm. 10 1/2 Uhr, im Lokale „Sans-

fouci“, Rottbuserstr. 4a. Tagesordnung: 1. Zweck und der Gesellschaft. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Fabrik- und Handarbeiter beiderlei Geschlechts. (C. D. Nr. 35, Sieg den.) Filiale Berlin Nord. Außerordentliche Mitgliederversammlung am Dienstag, den 19. Januar, im Mayers Beerhaus, Alsterstr. 63.

Die Buchbinder und Fachgenossen werden zu der Montag stattfindenden Versammlung eingeladen. Der Punkt der Tagesordnung behandelt die in letzter Zeit so häufig vorkommenden Fabrikordnungen unter denen sich die Meister u. Cyl ganz besonders auszeichnen.

Briefkasten der Redaktion.

B. Sch. Restaurateur. Die große Gocke in Dom Erfurt ist 275 Zentner, die im Dom zu Köln 543 Zentner schwer. Weiteres in einer der nächsten Nummern.

E. B. 140. Sie sind verpflichtet am 1. April die Wohnung zu räumen.

Abonnet F. Sofern Ihr Bruder, ohne ein Testament zu hinterlassen, stirbt, wird Ihr Vater alleiniger Erbe.

R. R. 3. Sie haften für die Nachlassschulden trotz Entlassung zu Gunsten Ihrer Kinder.

A. 10. Jede Geburt eines Kindes ist innerhalb der Woche dem Standesbeamten des Bezirks, in welchem Niederkunft stattgefunden hat, anzugehen. Der eheliche Vater ist zu dieser Anzeige zuerst verpflichtet.

B. M. Verleger des Blattes ist S. Hein, Hermannstr. 5; gedruckt wird dasselbe bei A. Knidemeyer, Berlin, Köpstr. 30.

Bezirksver. d. werktb. Volkes der Schönhauser Vorstadt.

Dienstag, den 19. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr,

Versammlung

Vrenzlauer Allee 195, Ecke Danzigerstraße.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Michelsen. 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten. Gäste willkommen. Neue Mitglieder werden aufgenommen. 460

Arbeiter-Bezirksverein für den Osten Berlins.

Dienstag, den 19. Jan., Abends 8 1/2 Uhr,

General-Versammlung

in Keller's Lokal, Andreadstr. 21.

Tages-Ordnung: 1. Kassensbericht. 2. Bericht über die Thätigkeit des Vereins im verfloffenen Jahre. 3. Wahl des gesammten Vorstandes. 4. Verschiedenes. 5. Fragelasten.

Nur Mitglieder haben Zutritt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. — Die Mitgliedsarten für das Jahr 1886 können in Empfang genommen werden. — Büllets zu Präfischer's Museum, welche zum Eintritt für den halben Kassenspreis berechtigen, sind in der Versammlung am Kaffertisch zu haben. — Die Mitglieder werden gebeten, zahlreich zu erscheinen. 465

Bezirksverein d. arbeitenden Bevölkerung des SW. Berlins.

Montag, den 18. Januar, Abends 8 Uhr,

Ordentl. Versammlung

in den Kaiserhallen, Alte Jakobstr. 120, nahe der Feilnetstraße.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Stadt. Frey Göddi über: „Das allgemeine gleiche, geheime und direkte Wahlrecht.“ 2. Verschiedenes. 3. Fragelasten. — Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu erscheinen. Gäste sind stets willkommen. 454

Fachverein d. Böttcher.

Montag, den 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,

Mitglieder-Versammlung

bei Geise, Wächterberger-Str. Nr. 21.

Tages-Ordnung: 1. Regelung des Arbeitsnachweises mit der Innung. 2. Verschiedenes. — Um pünktliches Erscheinen wird dringend gebeten. 450

Gauverein der Maler.

Dienstag, den 19. d. Mts., Abends 8 1/2 Uhr,

Versammlung

in Kasse Renyer, Alte Jakob-Str. 83.

Tagesordnung: 1. Kassensbericht. 2. Vortrag des Herrn Schweitzer über: „Uebervölkerungsfrage“. 3. Antrag wegen Erzielung von ermäßigten Preisen zum Besuche von Badeanstalten und anderer lehrreicher Institute. 4. Verbandangelegenheiten. 5. Verschiedenes u. Fragelasten. 444

Fachv. d. Metallarb. in Gas-, Wasser- u. Dampf-Armaturen.

Montag, den 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,

Versammlung

in Seefeld's Salon, Grenadierstraße Nr. 33.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Mitgliedes Herrn C. Müller über: „Telegraphie und Telephonie“ (mit Experimenten). 2. Wahl eines Kandidaten zur Vergütungskasse. — Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser diesjähriger Wahlenball am 20. März in den Bürgerkäfen stattfindet. 459

Fachverein der Bucher.

Mittwoch, den 20. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,

Mitglieder-Versammlung

in Scherers Salon, Insel-Str. Nr. 10.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Stahn über: Die Unvollkommenheit in der Erziehung der Menschen. 2. Vereinsangelegenheiten. — Um zahlreiches Erscheinen ersucht. 456

Unterstützungsverein der Buchbinder etc.

Montag, den 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,

General-Versammlung

in Feuerstein's Salon, Alte Jakobstraße 75.

Tagesordnung in der Buchbinder Zeitung. 449

Ortskrankenkasse der Zimmerer.

Behufs Wahl von 3 Vorstandsmitgliedern für obige Kasse werden die am 30. November v. J. gewählten Vertreter der

Arbeitgeber

eingeladen, sich am

Dienstag, den 26. Januar d. J.,

Abends 6 Uhr,

im Köllnischen Rathhause, Breitestraße 20a, Zimmer Nr. 9, zu versammeln.

Berlin, den 16. Januar 1886.

Im Auftrage der Gewerbe-Deputation des Magistrats:

Hanisch, Magistrats-Sekretär.

Fachverein der Schneider.

Montag, den 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,

Große Versammlung

in Gratzwill's Bierhallen, Kommandantenstraße 77-79 (oberer Saal).

Tagesordnung: 1. Stellungnahme des Vereins zur ferneren Lohnfrage, welche in letzter Zeit durch Vorkommnisse in den Hintergrund getreten sind. 2. Wahl einer Kommission zur Aufklärung der Schäden und Mängel im Schneidergewerbe. 3. Verschiedenes. — Der hochwichtigen Tagesordnung halber ist eine rege Beteiligung der Kollegen notwendig. Aufnahme neuer Mitglieder, sowie neuer Mitglieder zum Zuschneidestudium findet statt. 439

Der Vorstand.

Zentral-Kranken- u. Begräbnis-Kasse für Frauen u. Mädchen in Deutschland

(Eingeschriebene Hilfskasse 26 Offenbach a. M.), sind Hülfsstellen errichtet bei den Damen: Frau Grottmann, Wolgasterstraße Nr. 8; Frau Schneider, Blumenstr. 29, im Loden; Frau Strauß, Wehnerstr. 6, Hof part.; Frau Schneider, Raunynstr. 60, v. im Keller, und beim Kassirer Herrn Schiehl, Wasserthorstraße 69, III. — Aufnahmen finden unter Beibringung eines ärztlichen Gesundheitsattestes in obigen Hülfsstellen jederzeit und beim Vorstehenden Herrn Bielefeldt, Gitschinerstraße 94, II, in den Sprechstunden Wochentags von 5-7 und Sonntags von 9-11 Uhr statt.

Die Krankmeldungen geschehen NUR beim Vorstehenden in den Sprechstunden oder brieflich mit Einlegung einer 10-Pfg.-Marke, zu jeder Tageszeit. 453

Der Vorstand.

Fachverein der Tischler.

Dienstag, den 19. Januar, Abends 8 1/2 Uhr,

General-Versammlung

Neue Grünstr. 28.

Tagesordnung: 1. Kassensbericht pro vierles Quartal 1885. 2. Bericht des Bibliothekars, des Schriftführers, der Bevollmächtigten und des Arbeitsvermittlers. 3. Angelegenheit Lindemann-Schmidt. 4. Antrag der Arbeitsvermittler. 5. Erlasswahl des Vorstandes, der Arbeitsvermittlungs-Kommission, des Vergütungs-Komitees und der Fachkommission. 6. Antrag Vogt. 7. Verschiedenes. Leitungsbuch legitimirt. Neue Mitglieder werden aufgenommen. 455

Der Vorstand.

7 Jahrgänge „Neue Welt“, 1879-1885, 2 Jahrgänge „Neue Zeit“, 1883-84, sind zu verkaufen bei W. Brnisch, Weissenburgstr. 74, Hof 1. Gleichzeitig empfehle ich mich den Genossen zum Bildereintrahmen. 466

Möbeln, gebrauchte, Bettstellen, Matratzen, Stühle (Kehnhühl mit Sacken), Setten, Bodenplan etc., verkaufe um damit zu räumen. D. Sommerfeld, Oranienstr. 199, im Keller.

Cigarren- u. Tabak-Handlung

en gros en détail

Fritz Goercki

Berlin SO., Admiralstraße 40 (frühere „Linde“).

Import echter Havanna, Lager aller Sorten Rauch- und Schnupf-Tabak. Reich assortirtes Lager echt türkischer, russischer und amerikanischer Cigarren u. Tabake. Echt Nordhäuser Raubtabak.

August Herold

Berlin SO., 112 Skalitzerstrasse 112.

Möbel-, Spiegel- u. Polsterw.-Magazin

Eigene Fabrik. Solidü Preise. Prompte Bedienung. 490

Meinen Freunden und Bekannten zeige hiemit an, daß ich, da seit mehreren Jahren Meiner Gesundheit leidend, und ich nicht mehr als Schriftsteller thätig sein kann, mit dem Ende des Jahres das ehemalige

Pfannkuch'sche Cigarren-Geschäft

Wöhler'sches Grundstück. Chauffeestraße 36/37 Wöhler'sches Grundstück.

übernommen habe und bitte um geneigten Zuspruch.

Berlin, den 15. Januar 1886.

Robert Kunkel

Wichtig für Hausfrauen, Waschanstalten etc.

Seifenpulver

der rheinischen Soda-Fabrik von F. E. Leisel, Mühlheim am Rhein.

Anerkannt bestes und billigstes Wasch- und Reinigungsmittel, macht die Wäsche blendend weiß, enthält keine derartigen schädlichen Bestandtheile, erspart viel Zeit und Arbeit. Eignet sich auch sehr zum Reinigen von Fußböden, Fenstern, Metallen etc.

1/2 Pfd. des Pulvers ersetzt 2 Pfd. Seife. Probepackete 20 Pf. Aufträge von 10 Pfd. an frei in's Haus.

Respekt. Seifen-, Drogen- und Kolonialwaaren-Handlungen als Debitoren werden gesucht.

Hugo Jacobsohn & Co., General-Debitoren, Berlin S., Presener-Str. 106.

Attest. Auf Verlangen des Herrn Hugo Jacobsohn bescheinige ich demselben hiermit, daß in meiner Anstalt nur Seifenpulver der rheinischen Sodafabrik in Gebrauch kommt und dieselbe sich vorzüglich bewährt. Frau Falberg.

Große öffentl. Versammlung d. Stellmacher Berlins

am Montag, den 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Gräb's Salon, Brunnenstr. 140.

Tagesordnung wird daselbst bekannt gemacht. Die Kommission. 463

Große Versammlung der Bauanschläger

Berlins und Umgegend

am Montag, den 18. d. Mts., Abends 8 Uhr, in Scherers Salon, Inselstr. 10.

Tagesordnung: 1. Die Volkswirtschaftslehre in Bezug zu unseren gegenwärtigen Erwerbsverhältnissen. Referent: Herr Michaelis. 2. Diskussion. 3. Wahl der Revisoren. Die Kommission.

Große öffentliche Arbeiterinnen-Versammlung

am Montag, den 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, im Lokale „Sanssouci“, Rottbuserstr. 4a.

Tagesordnung: 1. Die Nothwendigkeit einer Fachkommission. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes. — Gäste sind willkommen. Zur Deckung der Unkosten Entree nach Belieben. 468

Die Einberuferin: Frau Dr. Hofmann.

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Drechsler und Berufsgenossen

(C. D. 48)

Verwaltungsstelle Berlin A.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß statutenmäßige Vierteljahres-Versammlung Montag, den 18. Januar, Abends 8 1/2 Uhr, in Scherers Salon, Grüner Weg 29, stattfindet.

Tagesordnung: 1. Bericht des Vorstandes. 2. Kassensbericht. 3. Ergänzungswahl. 4. Bericht über die Tätigkeit der Mitglieder. 5. Leitungsbuch legitimirt. Der Bevollmächtigte Hr. Scherers.

Sophas und Matratzen

sowie Polsterwaaren werden gut und billigste hergestellt.

H. Krämer, Lindenstraße 65.

Ein musikalisch gebildeter Mann sucht einen älteren Gesangverein im Norden Berlins als Lehrer gesucht. Adressen mit Verlangen unter Ch. 15 dieser Zeitung erbeten.

Arbeitsmarkt

Arbeitsmarkt auf geschlagene und arbeit verl. Holz, Rantewitzstr. 65.

Ein tücht. Insamenscher, der 8. u. 11. lann, wird verl. Eisenbahnstr. 12. D. 11.

Kaufmädch. v. Noeder, Marienburgerstr.